

**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 27. Juni 2013,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 18.00 Uhr – 19.55 Uhr**

Anwesend sind: 37 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler (ab 19.35 Uhr), 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Sarah Honegger,  
5. Alexandra Kämpf, 6. Urs Knapp, 7. Simone Sager-Roth

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Ramazan Balkaç, 3. Rolf Braun, 4. Thomas Marbet,  
5. Huguette Meyer Derungs, 6. Dr. Rudolf Moor, 7. Daniel Schneider, 8. Luzia Stocker,  
9. Dr. Arnold Uebelhart, 10. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Sonja Bossart Meier, 2. Heidi Ehrsam, 3. Antonia Hagmann, 4. Thomas Pfluger,  
5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Beate Hasspacher, 4. Anita Huber,  
5. Michael Neuenschwander, 6. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Doris Känzig, 3. Kilian Schmidiger, 4. Dr. David Wenger,  
5. Christian Werner, 6. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident  
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion  
Mario Clematide, Direktion Bildung und Sport  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:  
Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion  
Urs Tanner, Finanzverwalter

Entschuldigt abwesend:  
Nadja Fleischli  
Sandro Gervasoni  
Dr. Max Pfenninger  
Thomas Rauch  
René Wernli  
Florian Amoser  
Lukas Derendinger  
Werner Good  
Georg Dinkel  
Simon Haller  
Sandra Näf  
André Köstli

Vorsitz: Anna Engeler

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

9. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
- \* 9a Dringliche Interpellation SP-Fraktion betr. Weitere Fragen zur Finanzsituation in Olten
    - 9.1. Motion Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“), Massnahmen öffentliche Grundstücke (eingereicht am 21.11.2012)
    - 9.2. Motion Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“), Massnahmen private Grundstücke (eingereicht am 21.11.2012)
    - 9.3. Motion Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Elektronischer Versand der Geschäftsunterlagen“ (eingereicht am 24.01.2013)
    - 9.4. Postulat Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. „Archiv Olten – Integration in die Oltnen Museumslandschaft“ (eingereicht am 24.01.2013)
    - \*\* 9.5. Interpellation Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. Entwicklungsstrategie Bauzonen (Zonenplanung) (eingereicht am 21.11.2012)
    - \*\* 9.6. Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. substantielle Veränderungen bei Bauvorhaben nach der Kreditgenehmigung (eingereicht am 21.11.2012)
    - \*\* 9.7. Interpellation Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Preisgestaltung im neuen Strommix (eingereicht am 20.09.2012)
  - \* Ergänzung der Traktandenliste
  - \*\* aus Zeitgründen verschoben

\* \* \*

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler** begrüsst die Anwesenden.

\* \* \*

# Mitteilung

## **Parlamentspräsidentin Anna Engeler:**

### Abwesenheiten

Merci, Stephan, Du hast dazu beigetragen, dass wir jetzt das Quorum haben. Vielleicht hier eine kleine Randbemerkung, nicht jetzt wegen Dir. Wir haben gewusst, dass Du gestern noch nicht so ganz fit warst und es auch gesagt hast. Aber wir haben ganz sechs offizielle Abmeldungen und das würde locker für ein Quorum reichen. Alles andere ist eigentlich einfach etwas frech denjenigen gegenüber, die pünktlich kommen. Einfach, damit es einmal gesagt ist.

\* \* \*

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2013

Prot.-Nr. 84

## Dringliche Interpellation SP-Fraktion betr. Weitere Fragen zur Finanzsituation in Olten/Beantwortung

Am 23. Juni 2013 hat die SP-Fraktion folgenden Vorstoss dringlich zu Händen des Gemeindeparlamentes eingereicht:

„Seit der Beantwortung unserer Interpellation in der März-Session wurde offenbar für 2013 ein „Sparbudget“ erstellt und die Budget-Vorgaben für 2014 entsprechend angepasst. Aus Sicht der SP stellen sich in diesem Zusammenhang heute die folgenden Fragen:

1. Wie lauten die Vorgaben für das Spar-Budget 2013?
2. Können die erwarteten Spar-Ziele aus heutiger Sicht eingehalten werden?
3. Welche speziellen Budget-Vorgaben gelten für das Budget 2014?

Die Dringlichkeit ergibt sich durch den Umstand, dass die nächste Sitzung des Parlamentes, an welcher Sachgeschäfte behandelt werden, erst im September stattfindet und dann bereits der Finanz- und Investitionsplan für 2014 und die Folgejahre zur Kenntnis genommen werden soll. Für die Meinungsbildung sind Antworten auf die gestellten Fragen eine Voraussetzung.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

### Zur Dringlichkeit:

Der Stadtrat gibt zur Frage der Dringlichkeit keine Empfehlung ab.

### Zu den einzelnen Fragen:

#### *1. Wie lauten die Vorgaben für das Spar-Budget 2013?*

Aufgrund von Negativmeldungen von Seiten der grössten Steuerzahlerin der Stadt Olten in den letzten Tagen des Jahres 2012 und nach einem intensiven Gespräch mit den Finanzverantwortlichen des Unternehmens Mitte Januar 2013 trat der Stadtrat nach der Analyse der Situation und der Aufarbeitung der nötigen Grundlagen am 22. Januar 2013 zu einem Workshop zum Thema Finanzlage zusammen. Bereits am 24. Januar informierte er das Gemeindeparlament an dessen Januarsitzung, dass er die Kosten für das Jahr 2013 aufgrund massiver Steuerausfälle reduzieren müsse. Am 30. Januar trat er mit einer weiteren Medienmitteilung an die Öffentlichkeit: Es sei davon auszugehen, dass die Steuereinnahmen rund 20 Mio. Franken unter den budgetierten Werten liegen würden. Damit kein Geldabfluss aus der laufenden Rechnung resultiere, müssten Sachaufwand, Personalaufwand und Beiträge für das laufende Jahr gekürzt werden – als „Lücke“ und damit

Zielgrösse wurde ein Umfang von rund 9 Mio. Franken genannt – und die vorgesehenen Investitionen auf ein absolutes Minimum reduziert werden, da sämtliche Investitionen nur mit Fremdkapital finanziert werden könnten.

An der März-Session wurde das Parlament transparent über das laufende Vorgehen informiert:

- Reduktion der Investitionen im Jahr 2013 um 12,3 Mio. Franken auf netto 16,2 Mio. Franken. Vorausgehend wurden alle Investitionen bezüglich Projektstand und Dringlichkeit überprüft und diejenigen, die nicht dringlich waren oder bei denen es bei einem Projektabbruch nicht zu Mehrkosten gekommen wäre, bis zu einer Neubeurteilung zu Handen des Finanz- und Investitionsplans 2014-2020 sistiert.
- Einsparungen in der laufenden Rechnung von zum damaligen Zeitpunkt 2,4 Mio. Franken; letztlich konnte ein Einsparpotenzial von 2,9 Mio. Franken (vgl. Medienmitteilung vom 8. April 2013) eruiert werden, ohne den aktuellen Leistungsauftrag einschränken zu müssen.

## *2. Können die erwarteten Spar-Ziele aus heutiger Sicht eingehalten werden?*

In der laufenden Rechnung ist davon auszugehen, dass die Einsparungen von rund 2.9 Mio. Franken eingehalten werden können. Bei der Investitionsrechnung mussten aufgrund von vergangenen Projektverschiebungen beim Projekt Eissporthalle die Investitionen im Jahr 2013 von 0.8 Mio. Franken auf 3.4 Mio. Franken angepasst werden. Die Einsparung gegenüber dem ursprünglichen Budget beträgt deshalb neu nur noch 9.7 Mio. Franken.

## *3. Welche speziellen Budget-Vorgaben gelten für das Budget 2014?*

Bis jetzt wurden der Verwaltung lediglich die technischen Richtlinien zur Umsetzung des Budgets 2014 vorgegeben. Dabei wurde beim Sachaufwand erneut eine Einsparung im Rahmen des korrigierten Budgets 2013 vorgegeben. Weitergehende Massnahmen werden durch eine vom neuen Stadtrat eingesetzte Arbeitsgruppe geprüft; dabei geht es auch um das Aufzeigen von möglichen Aufgaben- und Beitragsstreichungen. Auf Grund der von der Arbeitsgruppe vorgelegten Resultate wird der Stadtrat anschliessend politische Entscheidungen, z. B. bezüglich Verschuldungshöhe und dem Parlament zu beantragende Steuersätze, zu fällen haben.

- - - - -

**Dr. Rudolf Moor:** Im Grossen und Ganzen bin ich mit den Antworten zufrieden, möchte aber vielleicht noch zwei, drei Sachen sagen. Etwas, das man auf verschiedene Arten lesen kann, ist die Aussage zur ersten Frage am Schluss, wo es heisst, man könne 2,9 Millionen Franken einsparen, ohne dass der Leistungsauftrag eingeschränkt werden muss. Hier stellt sich natürlich die Frage: Was hat man dann gemacht, wenn man die Leistung gleichwohl erbringt und 2,9 Millionen einspart? Es ist für mich einfach eine etwas spezielle Formulierung. Zweitens ist mir aufgefallen, dass relativ viel von den Investitionen die Rede ist, vor allem auch in der zweiten Antwort. Aber es ist in meinen Augen auch gestern wieder zu Recht vor allem betont worden, dass das Hauptproblem eigentlich ist, dass man die laufenden Ausgaben aus den Einnahmen decken können müsste und bei den Investitionen, gerade bei der Eissporthalle, ist es ja eine Rückstellung, die aufgelöst wird. Das ist ja von daher eigentlich nicht ein Problem, dass es jetzt früher kommt oder dass man in diesem Jahr mehr ausgeben muss. Hier hat man den Eindruck, das Gewicht sei etwas seltsam gesetzt. Sonst bin ich eigentlich mit den Antworten zufrieden.

**Kilian Schmidiger, SVP-Fraktion:** Ich möchte eigentlich wieder einige Ausführungen zum gestrigen Thema der Rechnung allgemein machen. Was mir bei der Antwort zu dieser Interpellation zum Beispiel fehlt, ist eigentlich, was beim Workshop, der am 22. Januar zum Thema Finanzlage stattfand, heraus gekommen ist. Ganz allgemein würde ich jetzt noch einige Sachen ausführen. Wir haben ja schon länger einmal eine Gewinnwarnung, wie es

Dieter Ulrich gestern formuliert hat, erhalten. Die Fakten sind jetzt spätestens mit der Rechnung auf dem Tisch und wir müssen uns hier bewusst werden, wie es ja formuliert ist wegen grottenschlecht oder als Luzerner würde ich rüdig schlecht sagen, miserabel, gefährlich und wir müssen schauen, dass wir nicht wieder in das alte Fahrwasser hinein kommen. Wir hatten nämlich sieben gute Jahre und jetzt haben wir sieben magere Jahre. In diesen sieben guten Jahren haben wir gute Sachen gemacht. Es wurden Schulden abgebaut. Es ist abgeschrieben worden. Es wurden Steuern gesenkt und zumindest bei den natürlichen Personen war diese Strategie erfolgreich, jedoch sind auch die Aufgaben aufgebläht worden. Konkret sind die grossen Blöcke bekanntlich das Sozialwesen, die Bildung, Kultur und Freizeit. Es ist ja natürlich, dass man die Einsparungen an diesen Orten suchen muss. Der Zustand ist jetzt effektiv so, dass wir ein strukturelles Defizit von 25 Millionen pro Jahr haben. So lese ich jedenfalls die Rechnung. Dies notabene in einer Phase, wo man von einer Hochkonjunktur sprechen kann. Man muss sich jetzt vorstellen, jetzt kommt eine Rezession. Der Kanton erhöht die Steuern. Wir erhöhen die Steuern. Sagen wir, es wäre noch eine Immobilienblase. Ich könnte mir vorstellen, dass das für Wohneigentümer auf dem Platz Olten eigentlich noch einen interessanten verheerenden Effekt hätte. Deshalb würde ich sagen, unser hohes Haus hier brennt im Dachstock und je schneller man es löscht, umso besser. Ich würde sagen, es ist nicht fünf vor zwölf, es ist nicht fünf nach zwölf, sondern es ist zwölf Uhr und man hat ja gestern auch gesagt, wir müssen über unseren Schatten springen und um zwölf Uhr ist ja der Schatten am kürzesten. Je länger wir in den Abend hinein warten, umso weiter müssen wir den Sprung nehmen. In diesem Sinne ist ja auch die Revision der Gemeindeordnung gefordert worden. Dazu möchte ich noch sagen, dass dies einfach zu lange dauert. Wir müssen eigentlich schon vorher ein Entlastungsprogramm haben, auf dem dann auch die Gemeindeordnung revidiert werden kann. Dafür wäre es auch wichtig, dass wir in der Gemeindeordnung Konsultativabstimmungen aufnehmen würden, damit wir über einzelne Themen auch informell Beschlüsse fassen könnten, um konkrete Massnahmen ergreifen zu können. Ein weiteres Thema für die Gemeindeordnung wäre noch eine kommunale Schuldbremse. Wir müssen bei so vielen Millionen, die hier fehlen, auch demokratische Entscheide hinterfragen, also auch Volksmotionen, die hier ständig mehr auftauchen. Man muss dies einfach hinterfragen. Das Bundesprogramm des Aarelandes hat jetzt eigentlich auch gezeigt, dass - im Gegensatz zu Ernst Zingg würde ich sagen - es eigentlich Sinn macht, dass der Bund auf die Idee gekommen ist, ANDAARE nach hinten zu schieben und den Bahnhofplatz weiter nach vorne zu nehmen. Das passt sicher auch zu unserer finanziellen Situation besser. Weitere Sachen, die gemacht werden könnten, sind Immobilien aus dem Finanzvermögen veräussern, Kommissionen streichen - darüber haben wir gestern geredet - Abteilungen streichen. Ich glaube, dies ist noch nicht gross formuliert worden. Aufgaben zusammenlegen oder auch eine Einheitspolizei prüfen. Es ist wichtig, dass die Parteien, und ich würde sogar auch sagen die Gemeinden gemeinsam aktiv werden gegen die zunehmende Kantonalisierung, wie es David Wenger gesagt hat, dass eigentlich wer befiehlt zahlt und die Reglemente von oben kommen und das Geld soll auch von oben kommen. In diesem Sinne müssten wir konkret für die Lehrerlöhne mit anderen Gemeinden anstreben, dass der Kanton dies finanziert. Ganz allgemein haben wir uns in diesen guten Jahren aufgeblasen. Jetzt müssen wir wieder zurück zu den alten Zeiten, weil wir uns als arme 1800-Leute-Gemeinde nicht die Infrastruktur der Stadt Zürich, der Stadt Bern oder Stadt Basel leisten können. Wir müssen wieder vernünftig werden. Wir brauchen eine an eine Kleinstadt angepasste Infrastruktur und Verwaltung. Das wichtigste Geschäft sind in diesem Jahr sicher die Finanzen. Letztes Jahr war es die Fusion und auch die Fusion war eigentlich etwas Grössenwahn. Wir hätten alle anderen Gemeinden rundherum eingeladen. Aber sie wollten nicht und diejenigen, die mitgemacht haben, hätten unsere Bürger abgelehnt. Auch hier merkt man, dass wir vielleicht zu viel wollten und wir wieder auf unsere Kleinheit zurückgehen müssen. In diesem Sinne wünsche ich mir möglichst schnell konkrete Vorschläge des Stadtrates, so dass es auch bald eine Vernehmlassung aller Parteien gibt, damit wir insgesamt die konkreten Sparvorschläge diskutieren können, weil unser Haus jedes Jahr etwas mehr brennt und es wird immer schwieriger zu löschen.

**Rolf Braun:** Ich möchte mir kurz Klarheit verschaffen, was Du, Kilian, vorher gemeint hast. Zurück zu alten Zeiten: Hattest Du hier vor allem die Einsparungen im Fokus? Wir haben

gestern von Ernst Zingg gehört, dass wir vor 14 oder 15 Jahren einen Steuersatz von 123 % hatten.

**Kilian Schmidiger:** Ich stimme Dir natürlich absolut zu, dass die Steuern früher so hoch waren. Aber ich möchte noch etwas anderes erwähnen, das ich vergessen habe. Wir hatten ja gestern in der Rechnung noch, dass wir ein Vermögen von Fr. 510.— pro Kopf haben. So wie ich es etwa sehe, ist es in diesem halben Jahr bereits auf 0. Wir sind jetzt eigentlich in dem Moment, wo wir den Break even gegen unten erreicht haben. Was ich mir hier wünschen würde, wäre eine Schuldenuhr. Das kann an einem Gebäude, aber auch auf der Homepage der Stadt Olten sein, damit man ständig mit F5 die Kennziffern aktualisieren kann.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich kann es nicht verklemmen. Da es für mich das letzte Mal ist, muss ich rasch etwas sagen. Du hast gesagt: High Noon 12.00 Uhr. Ich denke, wenn das Parlament begriffen hat, dass es High Noon ist, nach diesem berühmten Film mit Gary Cooper, kann man jetzt buchstäblich Richtung Westen reiten. Zweitens haben wir 18'000 und nicht 1800 Einwohner. Aber Du hast Dich wahrscheinlich versprochen. Dann lege ich noch auf etwas ein wenig Wert und möchte es dem Parlament ans Herz legen. Es ist nämlich heute auch einiges, das ich gestern Abend so etwas als positiver Punkt am Schluss meiner Ausführungen gebracht habe, über den Äther bzw. durch die Medien gegangen. Tragt mir einfach Sorge zu diesem AareLand. Wir sind im schweizerischen Verhältnis verdammt gut positioniert. Ich hatte heute Telefonanrufe und Mails: Wie bringt Ihr es fertig, in einem so kleinen Bereich 55 Millionen abzuholen und andere sind in B- und C-Projekte zurückversetzt worden? Hier dürfen wir jetzt einfach etwas stolz darauf sein. Tragt einfach Sorge dazu. Das hat aber etwas mit diesem Parlament zu tun. Das habe ich gestern deutsch gesagt. Man muss Prioritäten setzen. Ich glaube, hier sind wir uns einig. Wenn man dieses Geld abholen will, muss der zukünftige Stadtrat und ich habe den Ball eigentlich schon weitergegeben, der Finanzminister, mit der Planung, der Prioritätensetzung alles daran setzen, dass wir dieses Geld vom Bund auch erhalten. Es liegt nicht einfach auf der Strasse, damit man es nicht abholt, sondern man muss es abholen, sonst verfällt es. Das verfällt wirklich. Ich möchte Euch dies ans Herz legen und das kann ich natürlich nicht lassen, wenn Du dieses Sprichwort schon bringst. Das leckt in meinen Wunden, die bitterste Niederlage von mir mit der Fusion. Ich sage Euch hier noch einmal: Mit einer Fusion wäre es finanziell nicht so viel schlechter, eher besser als jetzt.

Mitteilung an  
Direktion Finanzen/Herr Urs Tanner  
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2013

Prot.-Nr. 85

## **Motion Myriam Frey und Beate Hasspacher (GO) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt («grüne Infrastruktur»), Massnahmen öffentliche Grundstücke/Beantwortung**

Am 21. November 2012 haben Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne Fraktion Olten) und Mitunterzeichnende eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, die Grün- und Freiraumqualität im öffentlichen Raum, insbesondere bei Neubauprojekten, durch geeignete Massnahmen sicherzustellen

- a) konsequent naturnahe Gestaltung und Pflege der öffentlichen Areale,
- b) Nachweis der nötigen Grün- und Freiräume sowie von deren Vernetzung, auch im Hinblick auf künftige bauliche Verdichtungen,
- c) Förderung und Vermittlung innovativer Projekte, Schaffung von Vorbildern auf öffentlichem Grund, Renaturierung von unbefriedigenden Flächen, Vorgaben bei Bauprojekten.

### **Begründung**

Die wichtigsten Leistungen von Grünflächen im Siedlungsgebiet sind eine bessere Anpassung an den Klimawandel, Biodiversität, Reduktion des Versiegelungsgrades, Möglichkeiten für Freizeit und Erholung, allgemeine Gesundheitswirkungen wie etwa Stressreduktion und mehr Bewegung sowie Möglichkeiten der Naturerfahrung und Umweltbildung.

### **Stadtklima**

Der Bundesrat hat im März 2012 den ersten Teil der Strategie zur Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz genehmigt. Zu den wichtigsten Herausforderungen gehört demnach die grössere Hitzebelastung in den Agglomerationen und Städten. Grünflächen, Bäume und nicht versiegelte Flächen, die sogenannten „ökologische Infrastruktur“, haben hier einen hohen Stellenwert: sie tragen wesentlich zur Kühlung, Luftzirkulation, Erholung etc. bei.

### **Biodiversität**

Der Bundesrat hat im April 2012 die nationale Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Darin ist eines von 10 Zielen die Förderung von Biodiversität im Siedlungsraum: „Ziel 8: Die Biodiversität im Siedlungsraum wird bis 2020 so gefördert, dass der Siedlungsraum zur Vernetzung von Lebensräumen beiträgt, siedlungsspezifische Arten erhalten bleiben und der Bevölkerung das Naturerlebnis in der Wohnumgebung und im Naherholungsgebiet ermöglicht wird.“ Der Aspekt des ökologischen Ausgleichs in intensiv genutzten Gebieten ist auch in der Bundes- und kantonalen Gesetzgebung verankert (Natur- und Heimatschutzgesetz NHG Art. 18; Planungs- und Baugesetz SO § 119 Absatz 1 und 2)

## Wohn- und Lebensqualität, Gesundheit

Zahlreiche Studien aus den letzten Jahren belegen die Bedeutung von Grün- und Freiflächen im Siedlungsraum für die physische und psychische Gesundheit der Bevölkerung. Dies schlägt sich nachgewiesenermassen sogar in den Liegenschaftspreisen nieder.

## Siedlungsentwicklung in Olten

Olten befindet sich in einer Phase mit intensiver Bautätigkeit. Zahlreiche Grossprojekte werden den Umfang und den Charakter des Siedlungsgebietes in nächster Zeit stark verändern. Das Naturinventar 2011 hat gezeigt, dass bereits jetzt der Versiegelungsgrad in Olten extrem hoch ist. Neben den wertvollen Gartenstadtquartieren gibt es in Olten auch sehr viele Flächen mit hohem Aufwertungspotential. Die nötige Verdichtung und Siedlungsentwicklung nach innen, die in Zukunft stattfinden soll, erfordert unbedingt eine proaktive Strategie der Grün- und Freiraumentwicklung.

Die Arbeit der Umweltfachstelle und der Stadtgärtnerei ist wertvoll. Es braucht aber unserer Meinung nach einen verstärkten Einsatz und Koordination mit Blick auf die gesamte Siedlungsentwicklung. Grössere Städte wie Zürich, Basel oder Bern haben dies erkannt und sind bereits wesentlich weiter bei der Aufwertung der Quartiere.

## Grundlagen

Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz. Ziele, Herausforderungen und Handlungsfelder. Erster Teil der Strategie des Bundesrates vom 2. März 2012.

(<http://www.bafu.admin.ch/publikationen/publikation/01673/index.html?lang=de>)

Strategie Biodiversität Schweiz. BAFU 2012

(<http://www.bafu.admin.ch/publikationen/publikation/01662/index.html?lang=de>)

Biodiversität in der Stadt - für Menschen und Natur. WSL Merkblatt für die Praxis Nr. 48

([http://www.wsl.ch/dienstleistungen/publikationen/schriftenreihen/merkblatt/index\\_DE](http://www.wsl.ch/dienstleistungen/publikationen/schriftenreihen/merkblatt/index_DE))

Naturkonzept Olten, vom 17. November 2008

Naturinventare Olten 1996/2011

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

## Formelles

Der vorliegende Vorstoss kann nur als Postulat behandelt werden. Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidungsbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung. Die aufgeworfenen Punkte betreffen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat.

## Materielles

Der Bundesrat hat die Strategie Biodiversität Schweiz am 25. April 2012 angenommen. Die Erhaltung der Biodiversität und ihrer Ökosystemleistungen ist in verschiedenen gesetzlichen Grundlagen wie Natur- und Heimatschutzgesetz, Landwirtschaftsgesetz, Waldgesetz, Gewässerschutzgesetz und Fischereigesetz verankert. Der Bund stellt in seiner Strategie Biodiversität Schweiz jedoch fest, dass trotz der bisherigen Anstrengungen und einzelnen positiven Entwicklungen eine zunehmende Verschlechterung der Biodiversität festzustellen ist. Ein Aktionsplan soll deshalb die Ziele konkretisieren und Massnahmen ausarbeiten, um

die Erhaltung der Biodiversität in unserem Land langfristig sicherzustellen. Der Aktionsplan wird partizipativ erarbeitet. Beteiligt sind in erster Linie der Bund (Leitung: BAFU) und die Kantone. Zum Erreichen einer ganzheitlichen Wirkung zielt der Plan auch auf die Mobilisierung von Kommunen, Wirtschaft und Privaten. Die Verabschiedung des Aktionsplans durch den Bund ist auf Mitte 2014 vorgesehen. Der Bedarf für allfällige Gesetzesanpassungen wird im Rahmen des Aktionsplans geklärt. Geprüft wird etwa eine Konkretisierung der einschlägigen Bestimmungen im Rahmen der 2. Etappe der Revision des Raumplanungsrechts. Mögliche Schlussfolgerungen und Massnahmen in der Stadt Olten können dannzumal beispielsweise in die nächste Ortsplanungsrevision einfließen (bspw. Vorschriften für die Begrünung von Flachdächern).

Auf kommunaler Ebene bildet das Naturkonzept 2008 eine einschlägige Grundlage. Die Strategie „Vorbildfunktion der öffentliche Hand“ zielt auf die naturnahe Gestaltung der öffentlichen Anlagen. Entsprechend werden auch Ziele und Massnahmen postuliert und umgesetzt. Einiges ist bereits geschehen: Die naturnahe Gestaltung von Baumscheiben und Rabatten, die Aufwertung von Krautsäumen entlang von Hecken (z.B. Trottermatte, Neuhardstrasse, Mühlethalweg), Wildblumentöpfe in der Innenstadt, die Sommerbepflanzung im Cultibo etc.

„Städte sind Lebensräume für ihre Bewohner. Naturvielfalt und das damit verbundene Naturerlebnis sind auch in Städten und Agglomerationen wichtige Werte für unsere Gesellschaft. Die Resultate der *BiodiverCity*-Befragungen zeigen, dass die Stadtbewohner in ihrem Umfeld eine abwechslungsreiche Vegetation aus locker verstreuten Büschen und Bäumen auf Wiesen mit nicht gemähten Abschnitten gegenüber ausgeräumten Grünanlagen bevorzugen.“ (Q: WSL 2012: Biodiversität in der Stadt – für Mensch und Natur)

Öffentliche Grün- und Freiräume im Siedlungsgebiet dienen per Definition in erster Linie dem Menschen. Für die Stadt Olten muss zwischen den urbanen Gebieten der Altstadt, Innenstadt, Bifang/Hardfeld und den topografisch ansteigenden, ruhigen, begrünten Wohnquartieren unterschieden werden. Beide Gebietsarten verfügen über spezifische Qualitäten und Bedingungen. Die Qualität der Stadt als Ganzes hängt wesentlich von der Dualität der dicht bebauten, lebendigen Kernstadt mit den in Fussdistanz erreichbaren attraktiven, durchgrüneten Wohn- und Villenquartiere ab. Wesentlich für Olten ist zudem die unmittelbare Nähe der Naherholungsgebiete und Naturräume am Jurasüdfuss – ergänzt um die Aare als landschaftliches Element im Stadtgebiet. Für öffentliche Plätze, Freiräume und Strassen im städtischen Kerngebiet müssen andere Anforderungen an die Nutzung und Gestaltung als an Spielflächen oder Parkanlagen in den Wohnquartieren gelten. Detaillierte Kriterien zur Typologie, Bedeutung, Funktion und Gestaltung der öffentlichen Räume sind im Gesamtkonzept Gestaltung Öffentlicher Raum Olten vom 8. Mai 2006 formuliert.

Freiräume in der Stadt müssen je nach Zweckbestimmung, Art und Lage vielfältigen Funktionen, namentlich dem Verkehr (MIV, ÖV, Fuss- und Veloverkehr), Aufenthalt, Begegnung und Erholung sowie oftmals spezifischen Zwecken (Bsp. Schulanlagen, Sport) dienen oder mehrfach nutzbar sein (Bsp. neue Kirchgasse), entsprechende Aufenthaltsqualitäten bieten (Sitzgelegenheiten, Mikroklima etc.), objektiv und subjektiv sicher und ansprechend gestaltet sein. Wenn immer möglich und sinnvoll werden vegetative Elemente eingesetzt oder versickerungsfähige Böden eingebaut. Ein geringer Teil der unbebauten Flächen im städtischen Eigentum kann auf eine konsequent naturnahe Gestaltung ausgerichtet werden. Die Nutzungsansprüche bei Sportrasen oder auch Repräsentationsgrün wie Rosenbeete und Blumenrabatten im Stadtpark haben ebenso ihren Platz.

### **Zu Frage a)**

Die Möglichkeiten für naturnahe Gestaltungen und die Schaffung eines guten Mikroklimas werden im Rahmen einer Gesamtbetrachtung aller zu berücksichtigenden Ansprüche und Gesichtspunkte im Unterhalt sowie bei der Planung und Realisation von Bauprojekten angemessen mitberücksichtigt. Grünelemente werden wenn immer möglich und sinnvoll eingesetzt. Generell muss zwischen verschiedenen Arten und Funktionen der öffentlichen

Räume unterschieden werden. Städtebauliche, verkehrsmässige und nutzungsbezogene Kriterien sind mit zu berücksichtigen. Die Möglichkeiten für naturnahe Gestaltungen im Siedlungsgebiet sind begrenzt. Die Ansprüche der Menschen gehen vor.

**Zu Frage b)**

Ein Nachweis und ein Controlling der nötigen Grün- und Freiräume sowie von deren Vernetzung setzt aufwändige Grundlagenarbeiten (städtisches Freiraumkonzept und evtl. Gartenpfliegewerk) voraus und wäre auch nur qualitativ möglich. Der Stadtrat setzt zurzeit andere Prioritäten.

**Zu Frage c)**

Der Stadtrat setzt sich im Rahmen der laufenden Unterhalts- und Neubauaktivitäten für eine gute, der Bedeutung und Funktion der einzelnen Räume entsprechende Gestaltung der öffentlichen Räume in der Stadt Olten ein.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

- - - - -

**Beate Hasspacher:** Vielen Dank für die ausführliche Beantwortung unseres Vorstosses. Auf das Formale möchte ich jetzt nicht näher eingehen. Unseren Vorstoss zu Grün- und Freiraumqualität haben wir eingereicht, weil wir überzeugt sind, dass dies ein sehr wichtiger Aspekt von Lebensqualität ist, wird mittlerweile auch als harter Standortfaktor mit finanzieller Quantifizierbarkeit angeschaut. Es geht dabei nicht nur um Dekoration oder um Naturschutz, sondern effektiv um grüne Infrastruktur mit fortschreitender Urbanisierung und baulicher Verdichtung. Auch im Hinblick auf Klimawandel werden unsere Städte und Siedlungen immer mehr zu Hitzeinseln. Grünflächen, Bäume, begrünte Fassaden etc. können das Stadtklima sehr wesentlich verbessern und spenden Schatten, verhindern Abfluss von Niederschlagswasser und wirken sich auch direkt auf Grundwasservorrat und Energiekosten aus. Grünflächen, wo man sich gerne aufhält, wie zum Beispiel Stadtpark oder Vögelgarten, sind mit fortschreitender Verdichtung immer wichtiger, besonders im Zentrum. Wir brauchen nicht auf die nächste Ortsplanungsrevision zu warten. Die Stadt ist als Eigentümerin von Liegenschaften und im Unterhalt von öffentlichen Grünflächen direkt in der Lage, wirklich viel zur grünen Infrastruktur beizutragen. Wildblumentöpfe reichen aber nicht. Es bräuchte grosse Bäume, gute Baumstandorte mit wirklich genügend Wurzelraum, viel mehr unversiegelte Flächen und Weiteres. Wahrscheinlich braucht es weniger Grundlagenarbeit und Gesetzesanpassungen, sondern vor allem einen klaren Willen und gute Leitideen. Unsere Punkte A bis C sind eigentlich nicht als Fragen, sondern als Massnahmenvorschläge gedacht. Deshalb möchte ich nur noch kurz auf die Antworten eingehen. Der erste Punkt wäre konsequent naturnahe Gestaltung und Pflege von öffentlichen Arealen und als Antwort „wenn immer möglich mitberücksichtigt“ ist etwas schwach. Ich bin überzeugt: Man könnte mehr machen. Beim nächsten Punkt denke ich, dass gute Grundlagen und Konzepte vorhanden sind und sehr viele laufende Planungen stattfinden, wo die Aspekte direkt umgesetzt werden könnten. Auch beim dritten Punkt, wo es um Projekte, Beispiele usw. geht, könnten wir durchaus etwas mehr sehen. Mit diesen Anmerkungen begrüsse ich aber den Antrag des Stadtrates, den Vorstoss als Postulat zu überweisen.

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler:** Merci, Beate. Das heisst, Du bist mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

**Beate Hasspacher:** Ja.

**Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Das Anliegen der Postulanten teilen wir in der Fraktion und freuen uns, dass der Stadtrat den bereits heute eingeschlagenen Weg so weiter führt. Mit der Umweltfachstelle, der Zusammenarbeit in der Planungstätigkeit beim Bau wird schon viel gemacht für die Verbesserung dieser Freiraumqualität. Es ist feststellbar, dass die Freiräume in den letzten Jahren an Attraktivität gewonnen haben. Nicht zu vergessen ist auch, dass diese Freiräume konträren Nutzungen ausgeliefert sind. Aktuelles Beispiel ist die Tannwaldstrasse, wo es einen Konflikt zwischen Begrünung und Fussverkehr gibt. Für die einen ist es Betrug am Parlament, wenn die Fotomontage nicht so wie angekündigt umgesetzt wird, und für die anderen ist es ein Sieg der Vernunft, wenn keine Blumentöpfe herum stehen. Ob alles begrünen wirklich immer eine ausschliessliche Verbesserung der Freiraumqualität wäre, wie es die Postulanten jetzt darstellen, wagen wir zu bezweifeln. So gesehen ist es keine leichte Aufgabe, allen gerecht zu werden. Gespannt sind wir auf die Umsetzung vom Bund und Kanton her betreffend der Gestaltung der Freiräume. Es ist durchaus möglich, dass man dann hier mehr Einfluss nehmen und die Gesetze auch ändern könnte. Trotzdem möchten auch wir den Stadtrat auffordern, den öffentlichen Raum im Sinne des Postulats ein wenig grüner zu realisieren. Deshalb werden wir das Postulat im Sinne der Erwägung einstimmig überweisen.

**Rolf Braun:** Auch die SP konnte den Überlegungen des Stadtrates eigentlich weitgehend folgen und kann sie soweit auch unterstützen. Trotzdem möchten wir noch ein paar Anmerkungen machen. Bei der Antwort des Stadtrates ist unter dem allgemeinen Text eigentlich aufgeführt, wo man sich auf die unmittelbare Nähe zu den Erholungsgebieten bezieht. Dort wird eigentlich nur vom Jurasüdfuss und vom Aareraum gesprochen. Aber der grüne Gürtel um Olten herum, der unmittelbar an die Siedlung angrenzt, wird eigentlich mit keinem Wort erwähnt. Das ist eben von uns aus gesehen auch ein wichtiger unmittelbarer Erholungsraum, der für all die Leute, die vielleicht auch etwas ins Grüne gehen möchten und nicht unbedingt mobil sind, für ältere Leute usw., sehr wichtig ist. Das müsste man hier einfach auch im Auge haben, wenn man von unmittelbarem Erholungsgebiet spricht. In der Antwort zu Punkt A vermerkt der Stadtrat, dass die Ansprüche der Menschen vorgehen, also an erster Stelle stehen. Auch hier müssen wir sagen, dass genau der Anspruch auf Naherholung in nächster Nähe eben wirklich etwas ist, das den Ansprüchen des Menschen entspricht. Zu Punkt B: Es ist sicher richtig, dass man bei der Verdichtung proaktiv handelt und auch plant. Wenn der Stadtrat hier vermerkt, dass es zur Zeit andere Prioritäten gebe, so ist dies nicht so klar verständlich, weil, sollten damit die finanziellen Probleme der Stadt gemeint sein, so möchten wir darauf hinweisen, dass gerade deshalb eigentlich die Forderung nach dem Nachweis und Controlling der Grün- und Freiräume vernünftig ist, denn wenn wir dann später nachbessern oder umgestalten müssten, wäre dies dann umso teurer und würde wieder Geld verschlingen. Als Letztes möchten wir noch vermerken, dass wir wirklich auch einmal der Umweltfachstelle herzlich für die gute Arbeit, die sie immer wieder machen, danken, eine sehr wichtige Arbeit. Sie machen gute Projektarbeit, Beratung, Exkursionen und eine gute Information der Bevölkerung, aber auch aller beteiligten Gremien. Das ist sehr wertvoll und wir möchten hier wirklich explizit sagen, dass wir dies schätzen. Die SP ist einstimmig für überweisen des Postulats.

**Daniel Schneider:** Nur ganz kurz. Es geht gar nicht um den öffentlichen Raum. Aber es ist mir gerade in den Sinn gekommen, weil ich unlängst ein Baugesuch eingegeben habe und in anderen Gemeinden jeweils die Baugesuche für andere einlege. Dort habe ich ungefragt gleich die Beilagen zur Dachbegrünung, Verhinderung von invasiven Neophyten im privaten Raum erhalten. Ich fände, das dürfte man in Olten eigentlich bei einem Baugesuch auch automatisch beilegen, gerade solche Hinweise, die der Ökologie dienen würden.

**Dr. David Wenger:** Ich bin ja Mitglied der Altstadtkommission und durfte feststellen, dass man schon sehr viel tut, gerade auch in den Siedlungseinheiten, für die Erhaltung von Grünflächen, sogenannter Vorgartenschutz. In diesem Sinne möchte ich einfach auch etwas relativieren. Ich denke, man hat in der Stadt Olten nirgends mehr als fünf Minuten zu Fuss, bis man im Wald ist. Wenn wir vorher davon gesprochen haben, es sei fünf vor zwölf, glaube ich, dass wir in Olten sicher nicht irgendwo fünf vor zwölf oder fünf nach zwölf sind, sondern

diesbezüglich eigentlich eine gute Situation haben. Ich möchte in diesem Sinne warnen, dass man hier einen zu grossen Aktivismus an den Tag legt.

### **Beschluss**

Mit 24 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz  
Stadtentwicklung/Frau Eva Gerber  
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2013

Prot.-Nr. 86

## **Motion Myriam Frey und Beate Hasspacher (GO) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt («grüne Infrastruktur»), Massnahmen private Grundstücke/Beantwortung**

Am 21. November 2012 haben Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne Fraktion Olten) und Mitunterzeichnende eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, die Grün- und Freiraumqualität auf privaten Grundstücken mittels Beratung Information zu fördern sowie Anreizsysteme zu prüfen und einzuführen, welche eine Umsetzung von Massnahmen zur Steigerung von Grünraumqualitäten attraktiv machen.

### **Begründung**

Die wichtigsten Leistungen von Grünflächen im Siedlungsgebiet sind eine bessere Anpassung an den Klimawandel, Biodiversität, Reduktion des Versiegelungsgrades, Möglichkeiten für Freizeit und Erholung, allgemeine Gesundheitswirkungen wie etwa Stressreduktion und mehr Bewegung sowie Möglichkeiten der Naturerfahrung und Umweltbildung.

Ein grosser Teil der Grünflächen ist in der Hand von Privaten. Deshalb ist es wichtig, diese darauf aufmerksam zu machen, wie sie das Stadtklima und die Wohn- und Lebensqualität in Olten verbessern können.

Die Umweltfachstelle der Stadt Olten veranstaltet bereits interessante Führungen und Anlässe zum Themenkreis Naturinventar und Siedlungsqualität. Diese öffentlichen Veranstaltungen sind äusserst wertvoll und sollen unbedingt beibehalten werden. Dennoch erscheint uns wichtig, dass alle, die über Grundeigentum verfügen, automatisch über ihre Möglichkeiten zur Verbesserung der Siedlungsqualität informiert werden.

Die Stadt könnte allen Grundeigentümerinnen und -eigentümern Informationen in Form einer Empfehlung abgeben und diese Publikation auch allen, die künftig auf dem Stadtgebiet einen Neubau planen, zusammen mit den Baugesuchsmappen aushändigen.

Bei der Umgestaltung der Anlagen von Mehrfamilienhäusern könnte Prozessunterstützung angeboten werden.

Diese Empfehlung könnte beispielsweise folgende Informationen enthalten:

- Beispiele ökologisch wertvoller Bepflanzung, etwa zur Förderung der Biodiversität oder der Verbesserung des Stadtklimas
- Informationen über die verschiedenen Aussenbeläge und deren Wirkung auf das Ökosystem (z. B. Kies, Platten, durchlässig, versiegelt)
- Informationen über weitere ökologisch wertvolle Gestaltungs- und Strukturelemente (Trockenmauer, Hecken, Einsatz von Naturstein, Sand, Holz etc.)
- Erkennung und fachgerechte Entsorgung von Neophyten

- Adressen und Quellenangaben für weiterführende Informationen und Beratungen Anreizsysteme zur Umsetzung derartiger Massnahmen durch Privater könnten beispielsweise sein: finanzielle Zuschüsse, vergünstigte Bezüge, Gebührenerlass etc. »

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

### **Formelles**

Der vorliegende Vorstoss kann nur als Postulat behandelt werden. Motionen sind nur für Bereiche zulässig, in denen die Entscheidungsbefugnis ausdrücklich beim Parlament liegt. Hat in einem Bereich die Exekutive die abschliessende Kompetenz, können dazu keine Motionen eingereicht werden. Diese inhaltliche Beschränkung der zulässigen Gegenstände einer Motion folgt aus dem Prinzip der Gewaltenteilung. Die aufgeworfenen Punkte betreffen ortsplanerische Bereiche. Nach § 9 des kantonalen Planungs- und Baugesetzes ist die Ortsplanung Aufgabe der Einwohnergemeinde. Planungsbehörde ist von Gesetzes wegen der Stadtrat.

### **Materielles**

In der Lebensraumkartierung 2011 wurde ein grosses Potential für ökologische Verbesserungen in der Gestaltung und Pflege von Aussenräumen von Mehrfamilienhausanlagen erkannt.

Bei bestehenden Siedlungen kann die öffentliche Hand in begrenztem Ausmass, im Sinne von Impulsprojekten oder wenn sich günstige Gelegenheiten (Bauerngarten) oder Synergien (Projet urbain) bieten, aktiv werden. Im Rahmen Projektes Entwicklung Olten Ost wurde ein Pilotprojekt von der Stabsabteilung Stadtentwicklung lanciert.

Wie im Postulat bereits dargelegt, wird auf der Informationsebene und für die Bewusstseinsbildung bereits einiges getan: Informationsanlässe, Führungen, Workshops und Wildblumenmarkt finden regelmässig statt. Die Möglichkeiten sind sicher auch hier nicht ganz ausgeschöpft. Insbesondere die Information von Bauträgern kann noch verstärkt werden. Die Anliegen werden im Rahmen der Tätigkeiten der Baudirektion mit Unterstützung der Fachstelle Umwelt Energie Mobilität berücksichtigt.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und gleichzeitig als im Rahmen der Möglichkeiten der öffentlichen Hand erfüllt abzuschreiben.

- - - - -

**Myriam Frey Schär:** Der Grund, weshalb wir dies jetzt wollen, die Motionen aufgesplittet haben, ist, weil es verschiedene Adressaten sind, privat und öffentliche Hand und weil dort natürlich auch verschiedene Massnahmen angedacht sein müssten. Ich finde in der Beantwortung des Stadtrates eigentlich viel Sympathie für unsere Idee und erkenne auch gewisse Bereitschaft, bei diesem Thema noch etwas zuzulegen. Deshalb konnte ich eigentlich nicht verstehen, weshalb die Empfehlung schon auf Abschreibung lauten sollte. Wir sagen es auch im Vorstosstext: Wir schätzen die Aktionen der Umweltfachstelle sehr. Sie sind spannend und wertvoll, werden gut besucht. Aber sie sind freiwillig und werden so natürlich vor allem von Leuten genutzt, die sich von sich aus mit diesem Thema auseinandersetzen. Zwei extrem wichtige Zielgruppen können nicht von diesen Kursen profitieren, zum Beispiel die Liegenschaftsbesitzer, die auswärts wohnen und gerade bei grossen Mehrfamilienhäusern mit grossem Umschwung ist dies sehr oft der Fall, und solche,

die schlicht nicht wissen, dass in ihren Gärten noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist. Es spricht doch beispielsweise nichts dagegen, und da hat Daniel Schneider vorher so schön vorgegriffen und ich bin sehr froh darum, allen Baugesuchsmappen noch ein zusätzliches Merkblatt beizulegen. Andere machen es ja offenbar schon. Jeder, der schon einmal eine Baugesuchsmappe geholt hat, weiss, dass es schon sehr viele Sachen drin hat. Oder im Abfuhrplan. Er geht ja mit dem Kuvert in alle Haushaltungen. Mit dem Abfuhrplan hat es zum Beispiel jedes Jahr eine Broschüre drin, die sich an Rentner richtet. Ich lese sie immer mit grossem Interesse, obwohl ich demografisch noch nicht ganz in diese Gruppe gehöre. Damit meine ich, dass zum Beispiel auch die Mieter mit dieser Information etwas anfangen könnten, indem sie nämlich einige Sachen schon selber umsetzen können und andererseits könnten sie Verbesserungen bei den Liegenschaftseigentümern anregen. Wir glauben, dass man die Besitzerinnen und Besitzer der Oltner Freiflächen mit einfachen gezielten Massnahmen darüber informieren könnte, wo auf ihren Liegenschaften Verbesserungspotenzial in Bezug auf Freiraumqualität ist und es wäre schade, dies mit dem Verweis auf das bestehende Kursangebot zu verhindern. Wir sind mit einer Überweisung als Postulat einverstanden, bitten aber darum, es nicht abzuschreiben.

**Marcel Steffen, CVP/EVP/GLP-Fraktion:** Im Gegensatz zum öffentlichen Grund sind wir hier der Meinung, dass man das Postulat gar nicht erst überweisen soll. Wir finden, dass es ohne gesetzliche Grundlage nicht Aufgabe der Stadt sein kann, privaten Grundeigentümern mit Anreizsystem oder noch weiterführenden Informationen zu helfen und zum anderen machen wir hier schon viel. Das muss man hier auch einfach einmal sagen. Mit den Postulanten sind wir einig, dass private Grundeigentümer einen wichtigen Einfluss haben und die Bepflanzung der Freifläche oder Förderung des ökologischen Gartenbaus. Dennoch finden wir einfach, es kann nicht die Aufgabe des Steuerzahlers sein, die privaten Gärten mit Anreizsystem oder Gebührensenkungen zu unterstützen. Die Umweltfachstelle hat hier vielfältige Angebote geschaffen und das Bewusstsein der Bevölkerung auch positiv beeinflusst. Die vorhandenen Informationen sind vielfältig und decken einen Grossteil dieser Verbesserungsmöglichkeiten bereits ab. Die Sache mit dem Baugesuch, die Daniel vorher erwähnt hat, können wir auch unterstützen. Ich denke, die Prospekte sind vorhanden. Wir können sie dort beilegen. Das tut niemandem weh. Bleiben wir beim Thema. Es gibt gerade jetzt in der finanziell schlechteren Zeit ein Augenmass zu behalten. Das Postulat könnte man zum Beispiel auch als Vorgabe lesen, dass man jetzt dann eine Stellenerhöhung in der Umweltfachstelle machen müsste. Das könnte ja auch sein. Wie wollen wir die beschriebenen Vorgaben irgendwie umsetzen? Dann müssten wir wahrscheinlich schon noch das eine oder andere Stellenprozent sprechen. Beim Anreizsystem oder bei Gebührensenkungen müssten wir irgendwie Ersatz finden, dass wir dieses Geld andernorts herein holen. Das wären dann wohl Mehreinnahmen aus Steuern oder Einzahlungen der Stadt in einen Fonds. Ich denke, wir müssten uns bewusst machen, dass wir heute wirklich viel und eigentlich auch schon viel gut machen. Daran ist eigentlich gar nichts schlecht. Es ist höchstens die Frage, die gestellt wurde: Darf es nicht noch etwas mehr sein? Hier denken wir nicht. Aus diesen Gründen werden wir dies gar nicht erst überweisen.

**Matthias Borner, SVP-Fraktion:** Es ist immer schwierig, bei solchen Anliegen etwas zu sagen, ohne sich gleich zum Buhmann zu machen. Ihre Ziele sind eigentlich sehr sympathisch und sie meinen es ja gut. Aber wenn man dies liest, merkt man einfach, dass die Verwaltung zunehmen wird. Jemand, der kontrolliert, jemand, der dreinredet. Man muss dies irgendwie planen. Die Gefahr ist auch, dass es eine Überregulierung gibt und das ist, was sich die Stadt im Moment sowieso nicht leisten kann. Für diejenigen, die vor ein paar Wochen am Vortrag von Pensimo waren. Grossinvestoren investieren aus verschiedenen Gründen nicht in Olten. Wenn man die Regulierungen und Vorgaben immer erhöht und strenger macht, zieht man sie nicht wirklich gerade an. Wir können uns eigentlich mit der Antwort des Stadtrates anfreunden. Es wird genug gemacht. Wir vertrauen auch darauf, dass es so, wie es gemacht ist, gut ist. Aber wir wollen nicht, dass es noch steigert. Deshalb sind wir auch für nicht überweisen.

**Rolf Braun:** Die SP hat sich auch damit auseinandergesetzt und hatte eigentlich über alles gesehen das Gefühl, dass es eher eine zurückhaltendere Beantwortung ist, obwohl viele

Gedanken, die geäußert wurden, für uns eigentlich schon auch stimmen. Aber wir haben das Gefühl, ohne dass man gleich das Schreckgespenst von neuen Stellen an die Wand malen muss, man kann hier sicher auf einfache und auch kostengünstige Art und Weise eine gewisse zusätzliche Sensibilisierung der privaten Leute erreichen, für Grundeigentümer wie auch für Mieter usw. Es gibt einfach Sachen, die man niederschwellig bekanntmachen muss, die vielleicht im Einzelnen eine kleine Wirkung haben, aber im Gesamten gleichwohl etwas Positives zeigen, das jeder auch feststellen kann. Dort einfach nichts zu machen, finden wir schlecht. Zum anderen haben wir festgestellt, dass der Stadtrat zu den Anreizsystemen keine Stellung genommen hat. Ich weiss nicht, ob wir dies als Absage an die Anreizsysteme interpretieren müssen oder weshalb es nicht beantwortet ist. Aus diesen Gründen ist es klar für uns, dass wir das Postulat überweisen und sicher auch nicht abschreiben werden, weil es einen gewissen Handlungsbedarf gibt, der vernünftig und verhältnismässig ist.

**Sarah Honegger, FdP-Fraktion:** Eigentlich wollte ich nichts dazu sagen. Aber die Person, die sprechen sollte, ist heute nicht anwesend. Deshalb werde ich gleichwohl noch kurz für uns Stellung nehmen. Ich denke, es geht irgendwie etwas um die Verhältnismässigkeit. Ich glaube, es hat niemand etwas dagegen, wenn man ein Merkblatt beilegt, das nicht auf Hochglanzpapier gedruckt werden muss. Das kann ein ganz normales Papier sein. Wenn man eh schon etwas einpacken muss, ist dies vielleicht noch im Rahmen des Möglichen. Probleme sehen wir ganz klar bei den Anreizsystemen. Das sehen wir überhaupt nicht. Auch gerade in der aktuellen, momentanen Situation, in der sich die Stadt befindet, ist dies jetzt nicht einfach angezeigt. Wir möchten auch verhindern, dass man immer mehr versucht, den Privaten dreinzureden und das Ganze zu regulieren. Ich glaube, es ist wichtig, dass man informiert. Nachher ist es beim Einzelnen und in der eigenen Verantwortung von jedem, ob er dies umsetzen will oder nicht. In diesem Sinne würden wir dies nicht überweisen, aber anregen, dass man den Input, der jetzt von grüner und auch SP-Seite gekommen ist, ein solches Merkblatt beizulegen, wenn dies keinen grossen Aufwand verursacht, dass man dies so machen würde.

**Myriam Frey Schär:** Ich bin über gewisse Voten gleich etwas erschrocken. Nachdem Marcel Steffen gesprochen hat, musste ich es kurz wieder hervor nehmen und selber lesen, was wir hier geschrieben haben, weil ich nicht ganz sicher bin, ob wir vom gleichen Dokumenten geredet haben. Der Kernsatz ist: „Die Stadt könnte allen Grundeigentümer/-innen.... Informationen in Form einer Empfehlung abgeben und diese Publikation auch allen, die künftig auf dem Stadtgebiet einen Neubau planen, zusammen mit den Baugesuchsmappen aushändigen“. Das ist alles, was wir wollen. Das mit den Anreizsystemen auf der anderen Seite ist einfach eine Anregung, sich dies zu überlegen. Es steht nirgends, es müssen ein Anreizsystem oder irgendwelche Lenkungsinstrumente eingesetzt werden. Nichts. Wir wollen einfach, dass die Leute einen „Fötzel“ erhalten und nichts anderes. Dafür muss man keine Stellenprozente heraufsetzen und man muss nicht den Verwaltungsapparat aufblähen. Ich bin gerade etwas verwirrt. Ich verstehe es nicht. Es ist ja nicht so, dass dann jemand anderem, der es nicht macht, etwas weggenommen wird. Die Freiwilligkeit ist von A bis Z gegeben. Ich verstehe in diesem Ganzen die Vehemenz gewisser Aussagen nicht ganz.

**Doris Känzig:** Im Zusammenhang mit den Begründungen in der Stadt – man sagt dem ja auch Gartenstadt und es ist auch immer ein grosses Thema an den Abenden Olten Ost. Hier hat es viele Vögel. Ich kenne vis-à-vis jemanden, die einen Dachs im Garten haben. Tatsächlich, weil sie einen Naturgarten angelegt haben. Jetzt bräuchte dies ja aber eine Vernetzung und Koordination mit der Architektur. Als ich beim HPSZ war, musste ich jede Woche mit den Kindern drei bis vier tote Vögel, die in die Scheiben fliegen, weil sie immer noch spiegeln, auflesen. Gut, es sind zum Teil Kantonsbauten. Das Angebot ist ja da. Bei den Scheiben gibt es sehr viele Varianten, wo die Vögel nicht mehr hinein fliegen. Wenn es spiegelt, meinen die Vögel, die Landschaft gehe weiter. Mich erstaunt es eigentlich auch, dass dies bei den Grünen kein Thema ist, weil man dies ja dann sofort koordinieren müsste, damit die Natur beim nächsten Bau nicht gleichzeitig wieder Schaden nimmt. Besteht hier irgendein Konzept, dass man dies auch einbezieht?

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Die Antwort des Stadtrates würde ich doch gerne noch einmal in dem Sinne gesehen haben, dass wir diesen Vorstoss als richtig erachten bzw. dass wir auch sagen, was wir machen. Wir haben einfach die Meinung, man könne es abschreiben, weil wir in diesem Sinne natürlich in der Begründung, die relativ harmlos daher kommt, wo hingegen der eigentliche Motionstext oben natürlich dann schon etwas griffiger ist, vom Stadtrat her für Abschreibung sind. Die Frage von Doris Känzig überfordert mich nicht gerade, aber es hat tatsächlich einen Zusammenhang. Dort, wo man Grünfläche hat, hat man auch Natur und die entsprechenden Faunas. Dort hat man die Tierwelt. Aber ich glaube, im Zusammenhang mit der Beantwortung dieses Vorstosses wäre dies jetzt fast etwas aus der Hüfte geschossen, wenn ich hier eine qualitativ gute Antwort geben würde. Aber Deine Fragen sind durchaus berechtigt und wir nehmen sie einmal mit. Die Sache mit dem Beilegen der Merkblätter nehmen wir von der Diskussion her auf jeden Fall in diesem Sinne einmal mit. Ich weiss gar nicht, ob Adrian Balz etwas zu diesen Merkblättern sagen kann. Aber es würde sicher in diesem Sinne befolgt, wenn so etwas vorhanden wäre.

**Dr. Markus Ammann:** Es ist mehrmals gesagt worden. In dieser Stadt wird viel gemacht. Das ist richtig. Das sehe ich auch so. Das ist übrigens so, weil man in dieser Stadt glücklicherweise eine Umweltfachstelle hat – das ist vorher schon gesagt worden – und Olten fähig war, diese Umweltfachstelle als es etwas schlechter ging, nicht einfach abzuschaffen, wie es andere Gemeinden getan haben. Das ist sicher das Resultat davon. Man muss aber vielleicht noch etwas dazu sagen, und zwar auch das, was Doris Känzig vorher gesagt hat. Wir haben Vögel in der Stadt usw. Es gab tatsächlich schweizweit Untersuchungen, Vergleiche, auch mit anderen Städten. Das ist jetzt der Grund, der mich eigentlich ein Stück weit beunruhigt. Die Stadt Olten schneidet in diesem Bereich, Richtung Biodiversität innerhalb der Stadt, eben nicht wahnsinnig gut ab. Sie ist eher etwas im hinteren Mittelfeld. Das heisst, die Stadt Olten hat tatsächlich ein rechtes Potenzial oder noch etwas aufzuholen, auch gegenüber sehr vielen anderen Schweizer Städten. Also machen wir effektiv noch nicht genug. Das ist dann meine Überzeugung. Ich finde es etwas seltsam, wenn man jetzt sagt: Ja, man sollte in diese Richtung weiterarbeiten, aber wir überweisen es nicht. Das ist irgendwie politisch nicht ganz korrekt. Man müsste es dann tatsächlich, wie es der Stadtrat beantragt, überweisen und abschreiben und sagen: Jawohl, in diese Richtung müssen wir weiterarbeiten. Ich möchte noch einen weiteren Punkt sagen. Das Problem sind in der Stadt Olten tatsächlich schon etwas die privaten Gärten. Auch hier hat man ja in der Stadt eine Analyse gemacht. Man weiss etwa, welche Qualität diese Gärten, auch von den Privaten, grosso modo aufweisen und man muss sagen: Hier liegt doch noch einiges drin. Auch hier könnte man im Vergleich zu anderen Städten in dieser Stadt Olten wieder noch einiges machen. Das geht halt letztendlich nur über Information, Empfehlungen, Sensibilisierung. Das ist Aufwand. Aber wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir hier unbedingt am Ball bleiben. Ich möchte beliebt machen, dass wir sicher überweisen. Von mir aus kann man dann auch abschreiben.

**Daniel Schneider:** Ich denke, es kommt schon nicht ganz so harmlos daher wie Myriam es vorher geschildert hat. Ich sehe hier drin eine klare Anweisung. Es wäre auch nötig. Das ist meine persönliche Meinung. Deshalb verstehe ich etwas die Reaktion unserer Sparfreunde. Ich glaube, es ist wichtig, dass man sensibilisiert und anregt. Das ist für mich absolut klar. Ich glaube, es ist eigentlich heute auch Usus, dass bei grösseren Siedlungen ökologische Ausgleichsfläche gefordert werden sollte. Hier bin ich nicht im Bild, wie dies in Olten ist. Aber das ist nichts Gefährliches und auch kein Verbrechen. Es schreckt übrigens, lieber Kollege von der SVP, die Investoren nicht ab. Sie sind nämlich froh, weil Naturgärten viel billiger als intensiv herzurichtende und pflegende Gärten sind. Ich glaube, es ist etwas eine Frage der Masshaltigkeit. Es verträgt noch etwas. Wir haben offenbar Mängel. Das wusste ich nicht. Es ist interessant, was Markus erzählt hat. Man kann schon noch etwas machen, ohne dass man jetzt gleich Angst haben muss, dass Olten in eine grüne Wüste verwandelt wird. Ich denke, wir haben etwas zu machen. Vielleicht ist der Weg über das Anregen und Sensibilisieren wirksamer als derjenige über das Befehlen. Das kann sein. Das müsste man einmal anschauen. Aber ich glaube, hier ist sicher noch etwas zu machen.

**Felix Wettstein:** Ich möchte noch auf Doris Känzig und Marcel Steffen reagieren. Doris, wenn ich Dich richtig verstanden habe, ist die Überlegung, wenn wir noch mehr Grün zwischen den Häusern haben, fliegen noch mehr Vögel in die Scheiben, weil sie noch mehr Irritation wegen des Grüns, das nicht weitergeht, haben. Ich glaube, man darf einfach sagen: Der Grund, weshalb die Vögel in die Scheiben hineinfliegen, hat mit den Scheiben und nicht mit dem Grün zu tun. Vor allem diejenigen Scheiben, wo wir halt je länger desto mehr gerne wollen, dass sie drinnen entsprechend hell geben, die bis zum Boden gehen. Das ist das Verwirrende für die Tierwelt. Es wäre also wirklich etwas das Pferd am Schwanz aufgezümt, wenn man sagt: Räumen wir lieber etwas grün heraus, damit wir weniger Vögel haben. Woher Du weisst oder meinst zu wissen, dass dies die Grünen nicht beschäftigt, weiss ich nicht. Wir haben aktuell nicht gerade einen Vorstoss dazu, jedenfalls nicht bei uns im Gemeindeparlament. Aber es ist sicher nicht berechtigt, daraus zu schliessen, dass dies für die Grünen kein Thema ist. Im Gegenteil. Marcel Steffen, ich kann nur anhängen an das, was Markus Ammann vorher schon angetönt hat: Wir haben tatsächlich in der Stadt ein umfassendes Inventar, wo man eben Privatgärten daraufhin analysiert hat. Markus hat es schon gesagt. Das ist Dir scheinbar nicht bekannt und das Resultat dieses Inventars ist: Wir sind nicht gut. Wir haben in ganz vielen privaten Hausumgebungen wirklich einen Bedarf. Wir haben sehr viele Bauten so aus den siebziger, zum Teil bis gegen die neunziger Jahre mit einem faden Abstandsgrün, das einfach keine ökologische Qualität hat. Wir haben jene Situationen, die voll versiegelt wurden oder immer noch frisch werden, siehe Neubau Fachhochschule, obwohl die Möglichkeit wäre, dass man durchlässige oder zum Teil durchlässige Böden schaffen würde. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir haben jetzt projektierte Sachen in privater Hand vom SBB Bahnhof Nord, wo wir ganz faszinierende Gelegenheit gehabt hätten, zusammenhängende Grünräume, das heisst also, dass es eben Ketten gibt, wo gewisse Pflanzen und Kleintiere – es ist wichtig, dass wir inzwischen auch von den Tieren reden, nicht nur von Pflanzen – es nahtlos fortzusetzen. Wenn man eben im ehemaligen Werkstättenareal daran denkt, dass wir stillgelegte Gleise usw. haben. Das sind Potenziale, wo man jetzt auch darauf achten muss, dass dies, wenn Leute neu konzipieren, von Anfang an drin ist. Es gilt wirklich von der Ausgangslage her belegt, dass wir nicht gut sind, und es gibt vom Potenzial her ganz Vieles, das dafür spricht, dass man es nicht dem Zufall überlässt.

**Marcel Steffen:** Als direkt Angesprochener muss ich wohl fast noch etwas sagen. Daniel hat es zwar auch schon gesagt. So zahnlos, wie es jetzt dargestellt ist und so wie ich scheinbar nicht lesen kann, kommt es nicht daher. Es steht „mittels Beratung zu fördern, Anreizsystem einzuführen“. Das kann es nicht sein. Das ist einfach unsere Meinung. Felix hat dies jetzt mit seinem Votum auch gerade noch einmal bestätigt. Genau darum geht es. Das will man machen. Das kann nicht die Aufgabe von uns sein.

## **Beschluss**

Mit 19 : 16 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Überweisung abgelehnt.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz  
Leiterin Stadtentwicklung/Frau Eva Gerber  
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2013

Prot.-Nr. 87

## **Motion Markus Ammann (SP-Fraktion) betr. „Elektronischer Versand der Geschäftsunterlagen“/Beantwortung**

Am 24. Januar 2013 hat Markus Ammann (SP-Fraktion) folgenden Vorstoss eingereicht:

„Der Stadtrat wird gebeten, dem Rat eine Ergänzung der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes vorzulegen, die es ermöglicht, dass der Bezug der Sitzungsunterlagen in Zukunft (auf Wunsch nur/auch) elektronisch erfolgen kann.

### *Begründung*

Die Sitzungsunterlagen einer Gemeinderatsitzung umfassen gut und gerne mal 100 Seiten. Mit der Verteilung allein an die Mitglieder des Rats ergeben sie so ca. 5000 Blatt bedrucktes Papier je Sitzung.

Das papierlose Büro wurde schon vielfach angekündigt, hat sich aber bisher immer wieder als Phantom herausgestellt. Mit einer neuen Generation von anwenderfreundlichen Geräten rückt aber die Möglichkeit näher, Dokumente nur noch oder wenigstens hauptsächlich elektronisch zu sichten und zu bearbeiten. Bereits heute nutzen einige Mitglieder des Rats elektronische Hilfsmittel zur Arbeit im Rat.

Heutzutage werden praktisch alle Geschäftsunterlagen elektronisch erstellt. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Dossiers und Unterlagen deshalb nicht auch elektronisch abgegeben werden sollen.

Zweifellos werden wir aber eine Zeitlang mit sogenannten hybriden Dossier leben müssen (Papier und elektronisch). Deshalb soll zurzeit niemand gezwungen werden, die Unterlagen elektronisch zu beziehen. Andererseits sollen diejenigen, die verstärkt oder ausschliesslich mit elektronischen Unterlagen arbeiten möchten, nicht gezwungen werden bündelweise Papier zu beziehen.

Der elektronischen Form von Dokumenten gehört im Beruf, in der Politik wie im Privaten sicherlich die Zukunft. Nicht zuletzt könnte dies auch ein Beitrag an eine ökologischere Stadtverwaltung sein.“

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Im Jahr 2010 wurde in der Stadtverwaltung unter der Leitung des Stadtschreibers das Vorhaben Records Management gestartet, das unter anderem den Umgang mit digitalen Daten regelt: Eines der Ziele besteht darin, dass künftig alle geschäftsrelevanten Informationen in einer einzigen – wenn immer möglich elektronischen – Originalfassung in Dossiers und Geschäften erfasst, bearbeitet, gespeichert, gesetzlich aufbewahrt und an das

Stadtarchiv digital abgeliefert und dort erschlossen werden. Das Vorhaben wird planmässig umgesetzt; so wurde im März die Datenmigration in der Verwaltung von sechs direktionsorientierten Laufwerken in ein gemeinsames Ordnungssystem gestartet. Dieses erlaubt dank neu definierten Berechtigungen direktionsübergreifende Zugriffe auf Daten, was den Transfer, aber auch den Umfang von Daten deutlich reduzieren wird.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage des Datentransfers mit verwaltungsexternen Personen. Es gibt heute ein Extranet, auf dem Dokumente wie Sitzungsunterlagen, Protokolle etc. auch von ausserhalb der Verwaltung abgerufen werden können. Dieses wird aber wenig genutzt und es führt zu einer Datenredundanz und Mehraufwand, indem die Daten dort nochmals abgelegt werden müssen. Hier sind verschiedene Alternativvarianten in Prüfung. Eine der Voraussetzungen dafür wird die Einrichtung eines Records Management Systems zur elektronischen Daten- und Geschäftsverwaltung sein; die entsprechende Anschaffung ist nach einer Evaluation im kommenden Jahr im Jahr 2015 vorgesehen.

Als erster Schritt geht die von der Motion vorgeschlagene Massnahme, zu ermöglichen, dass der Bezug von Sitzungsunterlagen in Zukunft (auf Wunsch nur oder auch) elektronisch erfolgen kann, in die richtige Richtung. Die elektronische Zustellung von Sitzungsunterlagen ist laut den bestehenden Regelungen heute zwar schon möglich; es besteht aber kein Anspruch.

Da es jedoch nicht ausschliesslich um die Regelung des elektronischen Datenaustauschs mit dem Gemeindeparlament geht, sondern die Thematik umfassend angegangen werden soll, **beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, den Vorstoss als Postulat zu überweisen** mit dem Auftrag einer übergeordneten Prüfung des Änderungsbedarfs der bestehenden Reglementierungen im dargelegten Sinne.

Das wird die Verwaltung nicht daran hindern, schon in der Zwischenzeit Umsetzungsschritte vorzunehmen. So wird beispielsweise das „gelbe“ Blatt für das Gemeindeparlament neu elektronisch versendet, nachdem schon in mehreren Kommissionen die Zustellung von Einladungen, Sitzungsunterlagen und Protokollen elektronisch erfolgt. An der konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments wird zudem eine Liste aufgelegt, auf der man sich eintragen kann, wenn man die Unterlagen künftig weiterhin auch auf Papier oder nur auf Papier erhalten will.

- - - - -

**Dr. Markus Ammann:** Zur Begründung habe ich eigentlich keine Ergänzung. Sie ist in meinen Augen relativ klar. Es ist klar, was Absicht und der Grund ist. Vielleicht sage ich gleich etwas zur Beantwortung. Zuerst einmal danke ich für die Entgegennahme, für die schnelle Bearbeitung. Das Anliegen, wie ich es formuliert habe, ist zwar in meinen Augen eine klare Motion. Ich hoffe, ich habe es einmal getroffen. Aber der Stadtrat ist bereit, dies in ein Postulat umzuwandeln und dies aus dem Grund und das finde ich eigentlich positiv, dass man diese Frage umfassend prüfen kann. Dann ist es eben schwierig, quasi eine Motion zu haben, sondern dann geht es einmal um den Prüfungsantrag, der möglicherweise dann in einer Änderung oder Anpassung von Reglementen endet und das ist eigentlich durchaus in meinem Sinn. Das heutige Extranet – ich weiss nicht, wie viele wissen, dass es dies gibt oder einmal gab und eine Zeitlang gelebt hat – ist vermutlich heute nicht mehr so der Weisheit letzter Schluss und die Technologie hat sich weiterentwickelt. Ich gehe aber davon aus, dass der Umgang mit elektronischen Dokumenten die Zukunft sein wird, auch in diesem Stadthaus und auch in diesem Parlament. Ich gehe auch davon aus, dass dies auch für die Kommissionen in Zukunft vermehrt ein Mittel sein wird, wie man kommuniziert und dass man eben nicht mehr am Schluss einer Parlamentssitzung eine Kiste voll Papier hat, sondern vielleicht in Zukunft nur noch eine halbe und vielleicht später noch weniger. Ich finde es also richtig, dass man sich umfassend Gedanken macht und dies auch noch jetzt im

Zeitpunkt, wo man ja ein neues elektronisches Records Management einführt. Das passt eigentlich zeitlich wunderbar. Übrigens habe ich ja jetzt die Möglichkeit im Kantonsrat, auch solche Geschäfte zu behandeln und zu diskutieren. Wir erhalten dort auch alles auf Papier. Aber ich kann gleichzeitig fast alles, jedes Dokument auch elektronisch haben und ich habe jetzt tatsächlich versucht, ohne Papier in den Kantonsrat, in die Fraktionssitzungen zu gehen und das funktioniert. Ich habe sonst übrigens im Notfall auch im Kantonsrat, was man hier noch nicht hat, jederzeit Zugriff auf diese Dokumente über ein WLAN. In diesem Sinne und weil, dies vielleicht noch als Ergänzung, der Stadtrat ja bereit ist, auch ab nächster Legislatur bereits die Möglichkeit ohne eine weitere gesetzliche Grundlage zu schaffen, dass man diese Dokumente elektronisch beziehen kann, wenn man es will, bin ich eigentlich mit der Umwandlung einverstanden und finde, man sollte dies überweisen.

**Heidi Ehram:** Bei der CVP/EVP/GLP-Fraktion ist das Anliegen dieser Motion oder eben jetzt Postulat sehr positiv angekommen. Wir finden es gut, dass man die Geschäftsunterlagen ab nächster Amtsperiode auch in elektronischer Form erhalten kann. Wir sind aber gleichzeitig auch froh, besonders ein Teil unserer Fraktion, dass man sie auch noch in Papierform bekommen kann. Ich glaube, mit dem, wie es jetzt hier angedacht ist, wie dies die Verwaltung mit den Geschäftsunterlagen machen will, ist allen gedient. Ich gebe Markus Ammann recht. Die Zukunft wird schon elektronisch sein. Wir sind vielleicht noch am Anfang der nächsten Amtsperiode nicht alle so weit. Deshalb ist es gut, so wie es jetzt angedacht ist.

**Gert Winter, SVP-Fraktion:** Es kommt nicht häufig vor, dass ein Vorstoss der SP bei der SVP Anklang findet. Im vorliegenden Geschäft ist dies etwas anders, obwohl für uns nicht die gleichen Motive wie für den Motionär ausschlaggebend sein dürften. Der ökologische Aspekt, um es gleich vorweg zu nehmen, steht für uns derzeit nicht im Vordergrund. Wie viele andere Leute, die viel Bildschirmarbeit leisten, ziehe ich es grundsätzlich vor, umfangreiche Texte auf Papier zu lesen. Daneben aber die Möglichkeit zu haben, auf eine elektronische Version der Unterlagen greifen zu können, wäre im Hinblick auf die Textbearbeitung in verschiedener Hinsicht von Vorteil. In diesem Sinne sind wir erfreut, dass den Gemeinderatsmitgliedern in der nächsten Amtsperiode bereits eine Option eingeräumt werden soll. Nach dem Gesagten ist die SVP-Fraktion grundsätzlich auch einverstanden mit der Umwandlung in ein Postulat und einer Überweisung im Sinne der Vorstellungen des Stadtrates.

**Urs Knapp:** Wir finden das Postulat oder die Motion gut. Man muss es einfach zu Ende denken. Das wäre unsere Anregung. Wenn man es macht, müsste man hier auch WLAN haben. Man müsste auch Steckdosen haben, wo man die Geräte einstecken kann. Je nachdem, wenn die Sitzungen so lange dauern, geht die beste Batterie zu Ende. Man müsste eben auch verhindern oder die Leute so instruieren, dass sie nicht am Schluss die Dokumente elektronisch herunterladen und dann am Heimdrucker ausdrucken. Diese Ökobilanz ist garantiert katastrophal im Vergleich, wenn dies die Stadt mit ihren guten Geräten macht. Ich glaube, hier müsste man noch gewisse Sachen machen. Dokumente müssten zum Beispiel auch so sein, dass man sie beschreiben und Notizen darauf machen kann. Das sind alles so kleine Sachen bei der Erstellung. Mein Wunsch wäre vor allem, und dies einfach, weil ich halt auch viel so arbeite: Richtet doch hier ein gutes WLAN ein. Wir haben jetzt hier gerade einen sehr schlechten Empfang. Sorgt dafür, dass man Steckdosen hat. Dann kann man dies sehr gut machen.

**Stephan Hodonou:** Ich möchte hier auch kurz einhaken und sagen, wenn man dies zu Ende denkt, finde ich dies super. Es ist eine Frage der Zeit. Aber ich weiss nicht, ob es wirklich das Richtige ist, ökologisch zu argumentieren, weil es, wenn man es wirklich zu Ende denkt, so wie oft ist. Wenn man das Gefühl hat, man spare etwas, gibt man im Endeffekt viel mehr aus. Wenn man alles elektronisch hätte, würde dies heissen, dass wahrscheinlich alle Tablets haben müssen. Sie müssten alle geladen werden. Es braucht Strom, nur um sie alle herzustellen. Bei den Ressourcen, die es braucht, bin ich nicht so sicher, ob die Ökobilanz im Endeffekt so gut sein wird. Aber nützlich ist es sicher.

**Thomas Marbet:** Der Vorstoss von Markus Ammann ist sicher richtig und begrüssenswert. Es ist offenbar auch in Bern gehört worden. Das Parlament hat nämlich das papierlose Büro jetzt auch beschlossen. Ich möchte einfach vor überzogenen Erwartungen warnen. Es sind nämlich gemäss dem Umweltbericht des Parlamentes nur gerade fünf Parlamentarier bereit, die Unterlagen vollständig elektronisch zu beziehen. Das sind doch immerhin fünf von 200. Wenn man dies herunter rechnet, wäre dies einer von 50. Das wärest wahrscheinlich gerade Du. Scherz beiseite: Das Anliegen ist sicher richtig. Aber wie auch von der FdP gesagt wurde, braucht es auch die technischen Voraussetzungen, damit man es nachher nutzen kann.

**Dr. Markus Ammann:** Es ist schon so. Die einen müssen immer etwas vorausgehen und die anderen kommen dann schon, brauchen zum Teil länger. Nein, das ist ein Witz. Ich möchte nur sagen, das ökologische Argument ist bei mir nicht vordergründig – ich habe es noch gefunden – zuunterst in der letzten Zeile steht etwas „könnte eventuell auch einen Beitrag für eine ökologischere Verwaltung sein“. Sonst gibt es hier kein ökologisches Argument, sondern es gibt eines von der Arbeitstechnik und der Einfachheit, wie gewisse Leute halt heute arbeiten oder wie man in Zukunft arbeiten wird. Das ist alles. Das ist das Hauptargument.

### **Beschluss**

Einstimmig wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Geschäftskontrolle

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2013

Prot.-Nr.

## **Postulat Markus Ammann (SP) und Mitunterzeichnende betr. «Archiv Olten – Integration in die Oltner Museumsland- schaft»/Beantwortung**

Am 11. Januar 2013 haben Markus Ammann (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

„Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, in welcher Form die Integration der Sammlungen Franz Gloor und Roland Schneider in die städtische Museumslandschaft am besten vorgenommen werden könnte. Er wird insbesondere gebeten zu prüfen, wie ein eigenes, modernes Museum (oder mindestens eine eigenständige Abteilung eines bestehenden Museums) zur Förderung und Erhaltung der Fotografie im Gebiet Jurasüdfuss realisierbar wäre.

Begründung:

„Olten ist keine Fotostadt – war sie nie und wird sie wohl auch nicht werden.“ (Marco Grob, Fotograf, KOLT 4/12).

Fotografie ist heute unbestritten ein wertvolles Kulturgut, allerdings ein junges und vielerorts noch stark verkanntes. Die Fotografie hat viele Seiten. Als neues bildgebendes Medium anfangs des 19. Jahrhunderts entstanden, hat sie sich in höchst unterschiedliche Richtungen entwickelt: Sie kann heute unter technischen, wissenschaftlichen, ökonomischen, kommerziellen, gesellschaftlich-sozialen oder künstlerischen Aspekten betrachtet werden und dient dokumentarischen, bildenden, journalistischen Zwecken u.v.a.m.

Die Fotografie hat nun eine 200 jährige (eigene) Geschichte und bildet seit 200 Jahren Geschichte ab.

Der Jurasüdfuss, und damit eng verbunden die Stadt Olten und der Kanton Solothurn, hat einige hervorragende Fotografen hervorgebracht. Und damit hat die Region auch das Glück, ebenso hervorragende Künstler und Dokumentaristen der regionalen Geschichte zu haben.

Die oben erwähnten Fotosammlungen der Stadt – neben diesen und möglichen kommenden Schenkungen ist auch an die vielen weiteren Fotodokumente im Stadtarchiv, im historischen Museum oder aus Industriearchiven zu denken – können wunderbar in den Kontext der Sammlungen und Ausstellungen im Kunstmuseum, der Kunst des 19. Jahrhunderts und selbst des Naturmuseums gestellt werden. Bereits heute besteht eine enge Verbindung zum Stadtarchiv und zum historischen Museum. Die *Fotografie des Jurasüdfuss* (in welcher Form auch immer aufbereitet) ist lebendige Bereicherung der Oltner Kultur- und hoffentlich bald auch der Museumslandschaft und kann effektiv verschiedene Lücken zwischen der vorhandenen Kunst des 19. Jh., der (neueren) lokalen Geschichte und der Moderne bis hin zur Aktualität schliessen. Sie bereichert das Oltner Angebot vorteilhaft, ist eine Abrundung und ein Gewinn für Stadt, Region und Kanton.

Die Integration der Fotografie in die Oltner Museumslandschaft hat zudem den Vorteil, dass sich ein aktiver und aufgeschlossener Trägerverein dem Thema bereits widmet. Mit der Fotografie hat Olten die Chance, sich sogar weit über den Kanton hinaus einen Namen zu machen und sich von anderen Angeboten abzuheben.

Die Museumslandschaft in Olten wird schon seit Jahren, und immer wieder, heiss diskutiert. Sie bewegt sich aber kaum. Das Bedürfnis nach einer Veränderung und Modernisierung ist - nicht zuletzt aus baulicher Sicht – aber akuter denn je. Ein Wettbewerb für die Räumlichkeiten steht vor der Tür. Gerade noch rechtzeitig ist die Chance da, auch inhaltlich mit einer neuen Sparte den Schritt in die Moderne zu wagen.

*Es ist richtig: Olten ist (noch) keine Fotostadt, aber sie hat das Potential im Mittelland eine wichtige zu werden!“*

- - - - -

**Stadtpräsident Ernst Zingg** beantwortet im Namen des Stadtrates den Vorstoss wie folgt:

Aktuell verfügen das Stadtarchiv und das Historische Museum Olten über beachtliche Fotosammlungen mit über 700'000 Einheiten. Während die Fotos im Stadtarchiv weitgehend dokumentarischen bzw. historischen Charakter haben, kommt bei den Sammlungen des Historischen Museums ein „künstlerischer“ Aspekt hinzu: Aus der engen und erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Oltnen Fotografen Franz Gloor ergab sich eine Schenkung von dessen Werk ans Historische Museum. Da die Fotografen Franz Gloor und Roland Schneider über viele Jahre eng zusammenarbeiteten und sich einzelne Fotos sogar nicht mehr eindeutig einem der beiden zuordnen lassen, bot es sich geradezu an, auch das Werk von Roland Schneider ins Historische Museum zu integrieren, was durch eine weitere Schenkung möglich wurde.

Auf Grund der guten Zusammenarbeit der Institutionen auf dem Platz Olten spielt es keine Rolle, welche von ihnen die Werke beherbergt; sie stehen allen für Projekte zur Verfügung, auch dem privaten Verein Archiv Olten. Wichtiger ist, dass sie im Kulturgüterschutzraum fachgerecht aufbewahrt werden können. Die heutigen Sammlungen sind somit bereits in die Museumslandschaft integriert; sie werden denn auch regelmässig erfolgreich in Ausstellungen eingesetzt, wie die gegenwärtig im Historischen Museum laufende Von-Roll-Ausstellung zeigt. Wichtig ist in diesem Sinne, dass die Werke für das Publikum sichtbar sind und nicht wie die dafür zuständige Organisation im Hintergrund gestaltet ist.

Was weitergehende Pläne – Übernahme weiterer Sammlungen, Schaffung einer eigenständigen Abteilung oder gar eines eigenen Museums – angeht, so bestehen derzeit von Seiten der Stadt Olten weder Absichten noch Möglichkeiten: Was die Sammlungen angeht, beschränkt sich die Stadt Olten aus Gründen der nicht vorhandenen Ressourcen auf Werke von Künstlern, die einen unmittelbaren Bezug zur Stadt Olten haben; dies in Absprache mit den Zuständigen des Kantons Solothurn, die ebenfalls keine Mittel für weitergehende Vorhaben im Sinne einer „Fotografie des Jurasüdfusses“ zur Verfügung stellen können. Allein schon die Aufarbeitung des Archivs von Franz Gloor mit rund 500'000 Einheiten – Groberschliessung, Bewertung, Gruppenschliessung, Umlagerung, Digitalisierung – würde laut einer vom Historischen Museum und vom Stadtarchiv in Auftrag gegebenen Expertise Kosten in der Höhe von rund 280'000 Franken verursachen. Eine Erschliessung auf Einzelobjektenebene würde gar 540 Monate oder umgerechnet 36 Jahre erfordern...

Die eingeschränkten personellen und finanziellen Mittel verhindern in diesem Sinne auch die Schaffung eines eigenen Museums für Fotografie. Es wird in den kommenden Jahren vielmehr darum gehen, mit einer Konzentration der Mittel gute Voraussetzungen zu schaffen, damit die drei bestehenden Museen ihren definierten Auftrag erfüllen können.

Aus den erwähnten Gründen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat zu überweisen und – auf Grund der erfolgten Abklärungen – gleichzeitig als erfüllt abzuschreiben.

- - - - -

**Dr. Markus Ammann:** Ich danke dem Stadtrat zuerst für die sehr rasche Beantwortung des Postulats. Das ist jetzt mindestens einmal eine positive Seite, die ich aus der Beantwortung nehme. Eine weitere positive Interpretation kann sein, dass die Antwort mindestens klar ist. Die Stadt will keine Fotostadt werden. Das ist relativ, was in der Beantwortung steht. Die Antwort, wie sie so vorliegt – das wird Sie jetzt kaum überraschen – kann mich natürlich nicht befriedigen. Ja, sie ist sogar ein Stück weit eine Enttäuschung. Olten hat einen wunderbaren Basisstock an interessanten und kulturhistorisch wertvollen Fotografien. Ich würde eigentlich sagen einen wahren Schatz. Aber ich interpretiere es etwas so, dass man diesen Schatz bestenfalls ein Stück weit verwalten will. Nur weil man jetzt schon die eine oder andere Ausstellung oder vielleicht auch dritte Ausstellungen damit gemacht hat, heisst dies noch lange nicht, dass die Fotokunst auch in der Museenlandschaft in Olten integriert ist. Mir ist klar, dass das Geld ein Argument ist, das immer wieder kommt. Wenn man so etwas auch bewirtschaften oder aufarbeiten will, braucht es Geld. Aber mit dieser Haltung, wie ich sie herauslese, zeigt man offensichtlich weder den Wert noch das Interesse an einem regionalen oder ich müsste sogar sagen kantonalen Kulturschatz. Das wird auch nicht auf Dritte wirken oder beispielsweise den Kanton, der vielleicht auch einmal Beiträge leisten könnte, oder Private, um sie zu überzeugen, dass sie hier freiwillig und auch unterstützend investieren. Die heutigen Oltnen Museen machen in der Regel eine gute Figur, eine gute Falle. Sie machen ein gutes Programm, stehen aber in einem ziemlichen Konkurrenzkampf mit gleichartigen Museen, die es in der Schweiz zu Dutzenden und auch in unmittelbarer Umgebung gibt. Eine Fotoabteilung beispielsweise wäre für Olten in der Werbesprache eine Art Alleinstellungsmerkmal und zwar eines, das in meinen Augen grosses Zukunftspotenzial hat. Nicht zu vergessen: Dieses Archiv hat auch heute schon einen Trägerverein, der unterstützen würde und ein grosses Engagement an den Tag legt. Es wird zudem dem Umstand nicht Rechnung getragen, dass neben den erwähnten Künstler, wo man ja schon Fotografien hat, in der Region und auch im Kanton, immer wieder und auch in jüngster Zeit tolle Fotografinnen und Fotografen entstanden sind. Olten vergibt sich, wenn man der Antwort des Stadtrates folgt, eine mehrfache Chance. Die Chance, das Bild der Oltnen Museumslandschaft etwas zu entstauben, zu modernisieren, die Chance, der Region, vielleicht auch dem Kanton oder sogar dem ganzen Mittelland eine Plattform für eine neue, ich finde sehr vielschichtige Kunstform, Kunstrichtung zu schaffen und die Chance, einmal etwas anderes zu machen als all die anderen machen und sich damit positiv von den anderen abheben zu können. Ich fände es eine einzigartige oder eben auch eine einzigartig verpasste Chance, wenn sich Olten der Fotokunst nicht intensiver annimmt. Ich und ich gehe davon aus, dass hier auch meine Fraktion dahinter steht, bin deshalb für die Überweisung und Nichtabschreibung dieses Postulates. Damit bekommt der Stadtrat die Chance, die Antwort im ausgeführten Sinne noch einmal im Rahmen der weiteren Museumsplanung zu überdenken.

**Urs Knapp, FdP-Fraktion:** Wir haben fast zwei Herzen in unserer Brust. Wenn wir sagen, was Markus jetzt gesagt hat: Wir suchen ein Profil für den Museumsstandort Olten, müssen wir sagen: Das ist, was wir auch schon lange sagen. Dann müsste man überlegen, welche Museen wir brauchen. Brauchen wir noch alle? Brauchen wir andere Museen? Dann kann vielleicht ein Fotomuseum ein Alleinstellungsmerkmal sein und man muss vielleicht ein anderes Museum zurückstellen, einfach sagen: Das brauchen wir dann halt nicht. Wir haben diese Diskussion hier schon seit Jahren geführt. Man hat zum Teil auch von der SP immer wieder gehört, man solle dies jetzt nicht mehr angreifen. Ruedi Moor schaut mich von hinten ganz böse an. Man solle dies jetzt nicht mehr angreifen. Wir haben jetzt drei Museen und über sie reden wir nicht. Von daher sage ich: Wenn das Postulat heisst, dass man eigentlich wieder die ganze Museumsdiskussion aufreisst und sagt: Jetzt schauen wir wirklich, welche Museen wir

brauchen. Brauchen wir das Naturmuseum, das Historische Museum, das Kunstmuseum? Oder brauchen wir ein Fotomuseum und dann schauen wir, was noch Platz hat für andere Museen? Dann kann man über diesen Vorstoss reden. Wenn man dann aber am Schluss sagt: Nein, wir haben drei fixe Museen und wir wollen noch ein viertes Museum, muss ich sagen, wir fokussieren die Mittel, die wir haben, lieber in die drei bestehenden Museen, um dort etwas möglichst Gutes zu machen. Von daher habe ich gesagt: Wir haben zwei Seelen in unserer Brust. Markus, es ist mir auch nicht ganz klar, in welche Richtung Du gehst. Ich habe jetzt nicht elektronisch nachgelesen, aber ich habe den Eindruck, wenn ich mich nicht täusche, Du warst auch einmal ein Vertreter: Nein, drei Museen sind fix und fest. Dann wäre es eher auf der anderen Seite und ich würde dem Postulat nicht zustimmen.

**Felix Wettstein:** Die Vorstellung, dass es in der Deutschschweiz nebst Winterthur ein zweites Fotomuseum geben könnte, ist für uns Grüne eine verheissungsvolle Vorstellung und wir zweifeln nicht daran, dass Olten dafür der beste Standort wäre. Nicht nur wegen unserer Verkehrslage im Zentrum des AareLandes, sondern ganz besonders wegen des reichhaltigen Erbes der Kunstform Fotografie. Olten ist eindeutig eine Hochburg der Fotografie. Sie war es nicht nur in der Vergangenheit. Sie ist es auch heute. Denken wir zum Beispiel nur an André Albrecht, Hansruedi Aeschbacher, auch an Kurt Schibler und vor wenigen Wochen – einige haben es vielleicht gesehen – war in der Schützi die diesjährige JugendArt zu sehen. Auch dort war auffallend, dass junge Künstlerinnen und Künstler auf das Medium Fotografie setzen. Olten scheint dafür ein besonders fruchtbarer Boden zu sein. Olten ist das Auge der Schweiz. Dieses fotografische Erbe, das uns insbesondere Franz Gloor und Roland Schneider hinterlassen haben, ruft danach, dass es der Öffentlichkeit gezeigt werden kann. Die beiden haben ihre umfangreichen Werke sicher nicht dafür der Stadt vermacht, damit sie sie möglichst lichtgeschützt im Archivkeller verräumt. Auch wenn es sehr aufwändig ist, diese Sammlung aufzubereiten: Wir sollten damit anfangen. In unserer Fraktion hat es eine heftige Diskussion darüber gegeben, ob der Zeitpunkt für diesen Vorstoss der falsche sei, natürlich wegen des Themas Finanzen. Aber das werden wir wahrscheinlich in den nächsten 20 Jahren immer wieder brauchen können. Aber auch angesichts der Tatsache, dass die bestehenden Museen, unabhängig von ihrer Anzahl, dringenden Sanierungsbedarf haben. Wir sind aber einhellig der Meinung, dass wir das Postulat von Markus Ammann überweisen sollen. Es ist ja ein Prüfauftrag ohne Zeitvorgabe, auch ohne Zeitdruck in diesem Sinne. Was immer daraus wird: Es ist für uns sehr wohl denkbar, dass sich die Stadt eben auch mit privaten Mäzenen zusammen tut. Wir sind sicher, dass es Leute gäbe, die sich dafür engagieren helfen würden. Vielleicht ist ein eigenes ganzes Museum ein zu hoch gestecktes Ziel. Aber eben eine eigene Museumsabteilung oder eine bewusst gestaltete Serie von Wechselausstellungen wären auch schon viel. Wenn wir die Antwort des Stadtrates lesen, scheint es uns, er hätte das Postulat ehrlicherweise ablehnen müssen. Die Botschaft überweisen und abschreiben kommt bei uns als Verschleierung daher, denn es ist ja gar nichts im Sinne des Postulates erledigt. Wir Grüne wollen, dass die Stadt aktiv wird, wenn auch mit Bedacht und nicht im Alleingang. Deshalb sind wir für überweisen, aber nicht für abschreiben.

**Marlène Wälchli Schaffner:** Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird einstimmig für Eintreten, Überweisen und gleichzeitig Abstimmung des Postulats stimmen. Dass Olten das Potenzial hat, bezweifelt wahrscheinlich von den anwesenden Personen niemand. Auch die heisse Diskussion über die Museumslandschaft ist allen bekannt. Eine gute Gelegenheit findet der Postulant, dass innerhalb der bevorstehenden Wettbewerbe für die zukünftigen Räumlichkeiten für Museen jetzt unbedingt noch die Chance für eine inhaltliche Ausrichtung mit einem Mehrwert für Olten genutzt werden soll. Wir sind sicher auch der Meinung, dass gerade das Votum, das Markus bezüglich einer Fotoabteilung gebracht hat, wenn dies etwas Spezielles wird und man es noch einmal im Zusammenhang anschauen würde, dass wir nicht noch das, was alle anderen auch schon machen, hätten. Ich glaube, dann würde dies bei uns auch anders aussehen. Urs Knapp hat es schon erläutert. Wir sind zur Überzeugung gekommen, dass es momentan in der Stadt Olten wegen der eingeschränkten personellen und finanziellen Ressourcen darum geht, so wie es der Stadtrat auch aufzeigt, wirklich gute Voraussetzungen zu schaffen und mit den drei bestehenden Museen eigentlich erfüllen könnte. In diesem Sinne sind wir mit der Antwort zufrieden und würden auf Abschreibung tendieren.

**Dr. Rudolf Moor, SP-Fraktion:** Urs hat vorher gesagt, ich hätte böse dreingeschaut. Ich habe natürlich an meine Rolle als Präsident der Museenkommission gedacht. Ich möchte nicht böse dreinschauen. Es ist einfach so, dass ich hier sozusagen auch zwei Herzen in der Brust, weil man sich über zwei, drei Sachen einfach klar sein muss. Eine ist, dass kostenneutral ohne irgendeinen Verzicht nicht geht. Das muss man sich einfach bewusst sein. Entweder gibt man mehr aus. Dann kann man dies machen. Oder man gibt nicht mehr aus. Aber dann muss man auf etwas verzichten. In der Museenkommission hat man natürlich Zweifel an der Bereitschaft, für die Museen mehr auszugeben. Dann kommt schon die Frage: Worauf verzichten wir? Ich bin aber der Meinung, wenn der politische Wille da ist, wirklich auf irgendetwas zu verzichten und dafür eine neue Priorität auf Foto und Fotodarstellung zu setzen, ist dies ein gangbarer Weg. Aber das ist meine persönliche Meinung. Jetzt sage ich wegen der Drohung bezüglich halb acht Uhr nichts mehr.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Es tut mir leid, wenn ich jetzt über halb acht Uhr hinaus bin. Aber es hat zwei, drei Sachen, die man rasch noch richtig stellen oder korrigieren muss oder wie auch immer. Merci, Markus Ammann, dass Du es so verstanden hast, wie wir es geschrieben haben. Felix Wettstein, auch an meiner Sitzung nehme ich eine Belehrung von Dir sehr wohl entgegen und widerlege sie gleich. Wenn man ein Postulat einfach überweist und abschreibt, hat man eben tatsächlich etwas gemacht. Wenn man die Antwort einfach genau liest, haben wir unter anderem geprüft, was es eigentlich brauchen würde, damit man überhaupt mit einer Ausstellung, die vernünftig ist, anfangen kann, wo man mit solchen Fotos, mit diesen sehr, sehr wertvollen Sammlungen, die wir hier haben und die möglicherweise noch erweitert werden könnten, etwas Gescheites machen kann. Wir haben dies schon geprüft. Deshalb ist es eben ein Postulat, das man überweisen kann, und wir sagen auch abschreiben. Im Übrigen bin ich, bist Du, ist das Olten das Auge der Schweiz und ich bin im Moment noch das Auge der Museen. Seit sagenhaften 14 Jahren, meine Damen und Herren, diskutieren wir jetzt, ob eines, zwei, drei oder überhaupt kein Museum und eines unter einem Dach und ob man mit einem Konservator, einer Leitung und einer Dame, die vorne beim Empfang sitzt. Ich denke, das ist auch ein Grund, dass man irgendeinmal aufhören muss, das Ganze zu überladen. Wenn es immer um die Diskussion geht, eines, zwei, drei oder kein Museum. Das hat nichts damit zu tun, was Markus Ammann eigentlich aufgreift, dass wir tatsächlich diese Sammlungen erhalten haben, auch aufgrund von Erbschaften und sogar noch weitere in Aussicht gestellt wurden. Ich möchte den Kanton noch ins Spiel bringen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Der Stadtschreiber und ich haben mit dem Kanton intensivste Verhandlungen geführt und ich habe glasklar gesagt: Wenn Ihr wollt, dass wir ein Standort für Fotos werden und das wäre noch im Sinn und Geist des Kantons, müsst Ihr nicht einfach sagen: Es ist in unserem Sinn und Geist. Dann möchten wir gerne etwas Batzeli dafür haben. Nur schon für die Aufarbeitung dieser Sammlung, damit man etwas Geschicktes machen kann, und etwas Geschicktes heisst auch eine Ausstellung, wo nachher die Fachleute, die in Winterthur zu Recht im wichtigsten Fotomuseum ein- und ausgehen, sagen können: In Olten stellen sie nicht einfach ein paar Fotos aus, sondern es ist ein Zyklus, es hat einen Zusammenhang, es wird dies und jenes gezeigt, braucht es enorm viele Mittel. Das haben wir bewusst auch dargestellt. Es ist nicht erfunden. Es ist von einer sogar externen Expertise, ohne grosse Kostenfolge, abgeklärt worden und auch der Zeitbedarf. Es braucht, wenn man dies durchführen möchte, Personal, Finanzen und dann noch die nötige Struktur dazu. Es ist gesagt worden und hier sind wir klar der Meinung, dass sich dieses hohe Haus irgendeinmal mit einer Renovation, Sanierung oder was auch immer befassen muss. Zum Trägerverein: Es gibt tatsächlich diesen Verein, sogar präsiert von der aktuellen Frau Kantonsratspräsidentin und einer alt Nationalrätin, die mit grosser Akribie und grossem Einsatz dahinter stehen. Wir haben noch nie ein Angebot gehabt, dass hier jetzt ein paar hunderttausend Franken kämen. Dies muss ich bei dieser Gelegenheit vielleicht auch noch sagen. Das kann ja noch kommen. Seien wir einfach realistisch, meine Damen und Herren. Aber die Zeit spricht vielleicht für das, was Markus Ammann hier verlangt oder gerne als Postulat hinüberbringen möchten. Wir haben einfach den Eindruck, sein Anliegen erfüllt zu haben, weil wir erste und wichtigste Abklärungen getroffen haben und das Postulat damit abschreiben könnten. Ich möchte Sie bitten, dies auch zu tun.

**Dr. Markus Ammann:** Erster Punkt: Ich habe das Postulat im Januar eingereicht und damals wusste ich noch nicht, dass es der Stadt so schlecht geht. Das ist ja erst nachher ausgekommen. Aber wichtiger ist mir und ich finde, das kann ich jetzt auch aus den Worten von Ernst ein Stück weit entnehmen. Der Nukleus oder Kern in dieser Stadt ist gelegt. Ich hoffe, er ist dann nicht definitiv abgeschrieben, sondern es ist kleiner Samen, der noch wachsen könnte. Es ist mir schon klar, dass wir nicht morgen ein Fotomuseum haben werden. Aber ich finde einfach, man sollte diese Stadt etwas auf dieses Thema sensibilisieren und dran bleiben. Vielleicht kann ja schrittweise etwas entstehen. Hier setze ich, und ich habe es auch vorher gesagt, natürlich schon auch noch auf Dritte. Das kann nicht nur Aufgabe der Stadt sein. Ich habe gesagt, es gibt Private. Es kann ja durchaus sein, dass die Privaten, eben einsteigen, der Eine oder Andere gewisse Möglichkeiten auftut, wenn die Stadt auch Engagement zeigt und beim Kanton bin ich absolut gleicher Meinung. Der Kanton hat eben auch eine gewisse Verpflichtung in dieser Sicht. Hier werde ich sicher auch noch einmal einen Schritt versuchen.

**Heidi Ehrsam:** Ernst Zingg hat gesagt, man müsse bei diesem Postulat realistisch sein. Es ist schwierig, bei diesem Anliegen, das Markus Ammann hier formuliert hat, realistisch zu sein. Aber auch ich bin jetzt für abschreiben, obwohl es mir besonders weh tut bei diesem Angebot, das eigentlich hier vorliegen würde, dass man dies so machen muss. Aber in diesem Sinne, mit den Worten, die Markus Ammann vorher gesagt hat, würde ich sagen: Wenn der Stadtrat, die Stadt, wir gehört haben, glaube ich, dass wir mit gutem Gewissen abschreiben und es nicht vergessen. Wir haben ja noch einen Trägerverein. Vielleicht wird viel später einmal eine gute Sache zum Vorschein kommen. Hoffen wir es.

### **Beschluss**

Mit 23 : 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

### **Beschluss**

Mit 21 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Abschreibung zugestimmt.

Mitteilung an  
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler  
Rechtskonsulent  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 27. Juni 2013

Prot.-Nr. 89

## Schlussrede der abtretenden Parlamentspräsidentin

**Parlamentspräsidentin Anna Engeler** hält folgende Schlussrede als abtretende Präsidentin:

„Ich nehme noch das letzte Traktandum, das nicht offiziell auf der Traktandenliste steht, und zwar meine Abschlussrede.

Bevor ich zum eigentlichen Thema meiner Rede komme, möchte ich gerne ein paar einleitende Worte sagen. Wie alle, die dieses Amt vor mir ausgeübt haben und es nach mir noch ausüben werden, gehe ich mit gemischten Gefühlen.

Ich habe in diesem Jahr wahnsinnig viel mitnehmen können, neue Menschen kennengelernt, viele Anlässe besucht, wo man sonst nicht so Gelegenheit hätte zu gehen. Kurz: Ich habe mein Amt als äusserst bereichernd empfunden und darum auch sehr gerne ausgeführt, aber es war auch anstrengend und deswegen bin ich nicht ganz unglücklich, dass ich jetzt dann wieder etwas mehr Zeit für mich haben werde. Ich wünsche meinem Nachfolger oder meiner Nachfolgerin schon jetzt alles Gute in diesem Amt und hoffe, dass er oder sie daran genauso viel Spass wie ich hat.

Ich möchte an dieser Stelle gerne einigen Leuten danken, die mich in diesem Jahr unterstützt haben. Zu allererst Markus Dietler und Erika Brunner, die mich bei der Sitzungsleitung und auch sonst in allen Situationen immer sehr kompetent beraten haben und auch in brenzlichen Situationen oder wenn es hier einmal hektisch wurde, die richtige Lösung bereit hatten. Weiter möchte ich allen Stadträten, die mich an diversen Anlässen unter ihre Fittiche genommen, mich immer den interessantesten Menschen vorgestellt haben, so dass auch diese Pflichtveranstaltungen zum reinen Vergnügen wurden, danken.

Weiter möchte ich Euch allen in diesem Saal danken, weil Ihr es mir mehrheitlich sehr einfach gemacht habt, die Sitzungen zu leiten. Es war in diesem Jahr eine sehr faire Diskussionskultur und ich habe von Eurer Seite viel positives Feedback entgegennehmen dürfen. Merci vielmals dafür.

Last but not least möchte ich meiner Familie und meinen Freunden danken, die in diesem Jahr des Öfteren auf mich verzichten mussten. Ich verspreche: Das holen wir nach.

Damit möchte ich zum eigentlichen Thema meiner Rede kommen. Bei meiner Antrittsrede habe ich mich noch etwas schwer getan, ein geeignetes Thema zu finden. Bei meiner Abschlussrede hatte ich etwas weniger Mühe. Schliesslich gab es während meiner Amtszeit – Ihr ahnt es – ein grosses Top-Thema, das ich nun ein weiteres Mal aufgreifen möchte und zwar geht es um die finanzielle Situation der Stadt Olten. Ich weiss: Schon wieder. Ich möchte allerdings die ganze Situation aus einem etwas anderen Blickwinkel betrachten. Als ich meine Amtszeit als Präsidentin angetreten habe, hatte ich das Gefühl, dass wir mit der Stadt Olten auf einem sehr guten Weg sind, die Vision aus unserem Leitbild einer lebens- und liebenswerten Stadt Olten zu erreichen.

Wir haben sehr viele Projekte angerissen, vorangetrieben, ein paar auch abgeschlossen. Einige Beispiele sind der Uferweg der Aare entlang, die neue Kirchgasse, die ERO, der Bahnhof Ost, ANDAARE – man könnte die Liste fast beliebig erweitern. Einige hier werden sagen, wir haben zu viel gemacht. Aber abgesehen von diesen individuellen Einschätzungen, waren wir alle voller Tatendrang.

Wir haben investiert in die Zukunft von Olten und das mit beiden Händen. Ich persönlich finde, das ist auch richtig so. Schliesslich war Olten zu dieser Zeit in einer sehr sehr komfortablen finanziellen Situation. Es ist, auch wenn wir im Budget jeweils etwas anderes lesen, meiner Meinung nach nicht die Aufgabe einer Stadt, ein Vermögen anzuhäufen, sondern die vorhandenen Steuergelder so zu investieren, dass die Bevölkerung den grösstmöglichen Zuwachs an Lebensqualität hat.

Nicht ganz unerwartet, befinden wir uns heute in einer etwas anderen Situation. Die grösste juristische Steuerzahlerin hat bekannt gegeben, dass sie dies weder in diesem noch im nächsten Jahr sein wird, sondern im Gegenteil überhaupt keine Steuern abliefern.

Die Reaktionen auf diese Nachricht, die wir übrigens in jedem Budget vorausgesehen haben, das berühmte Klumpenrisiko, das wir immer beschworen haben, das Damoklesschwert, das über der Stadt schwebt, dieses Schwert hat jetzt tatsächlich zugeschlagen. Diese Nachricht also löst bei uns gleichzeitig kompletten Stillstand aus, indem wir alle Vorstösse abschmettern mit dem Argument, dass kein Geld mehr da ist, obwohl ich an dieser Stelle zugeben muss, dass über eine Million, um den Bach an der alten Aarauerstrasse wieder hervor zu holen, vielleicht in der aktuellen Situation vielleicht etwas übertrieben ist, zum anderen führt diese Nachricht zu blindem Aktionismus. Die Suche nach einem Schuldigen hat sich in zahlreichen Interpellationen, Fraktionserklärungen und Vorstössen niedergeschlagen.

Wer aber in diesem ganzen Zirkus, den wir hier veranstalten, etwas vergessen geht, sind diejenigen, denen wir uns eigentlich am meisten verpflichtet fühlen sollten: Die Bevölkerung. Die Oltnerinnen und Oltner, nach denen wir eigentlich unser ganzes Schaffen ausrichten und für die wir eigentlich diese Stadt lebenswert gestalten wollen. Es erscheint mir manchmal fast so, als würde Olten mit dieser Schocknachricht des fehlenden Geldes zu einer regelrechten Geisterstadt.

*Geister kommen rein mit Schwarzlicht und Pink Panther Musik und verteilen sich im Raum (Musik läuft ca. 1 Minute). Nebenher läuft die Eieruhr. Wenn die klingelt, machen alle Geister Freeze Pose.*

Ich denke, es ist Zeit, dass wir aufwachen und uns wieder auf das Wesentliche konzentrieren. Es geht nicht darum, wer das Finanzdebakel vorausgesehen hat oder nicht. Es geht auch nicht darum, dass wir jetzt alle eine Volksmotion starten, um unser persönliches Lieblingsprojekt vor den Sparmassnahmen zu retten.

Es gibt einige wenige Dinge, die es braucht als Grundvoraussetzung in einer Stadt, das Schulhaus, über das wir in der letzten Sitzung diskutiert haben, ist sicher eines davon. Bei anderen Sachen müssen wir vielleicht auf gewisse Luxusvarianten verzichten, oder aber uns ein bisschen länger gedulden, bis sie dann durchgeführt werden. Es sind sowieso nicht Prestigebauten, die dazu führen, dass man sich in einer Stadt zuhause fühlt. Es ist auch nicht unser Wunsch, uns ein persönliches Denkmal zu setzen, der uns dazu bringt, uns in der Politik zu engagieren.

Es geht bei dem allem um die Menschen, die hier leben, unsere Freunde, unsere Nachbarn, unsere Familien. Und bei denen löst die Nachricht der fehlenden Mittel in der Stadt nicht etwa Schockstarre aus, sondern kreative Höhenflüge.

Diese Leute haben nämlich, wie eine nicht ganz repräsentative Umfrage gezeigt hat, durchaus sehr viele Ideen für die Stadt Olten, die keine Millionen kosten, die aber unseren Alltag etwas spannender gestalten würden, die Stadt ein wenig geheimnisvoller und die sich vor allem sofort umsetzen liessen.

Zugegeben: Ein paar davon sind vielleicht Bierideen. Wenn man sie aber im nüchternen Zustand weiter denken, könnte daraus durchaus etwas erwachsen. Ich würde mir wünschen, dass wir etwas von diesem Elan mitnehmen, damit wir in der neuen Legislatur trotz oder gerade wegen des Finanzloches ein wenig kreativer und positiver starten können“.

Es folgt grosser Applaus.

**Thomas Marbet:** Geschätzte Präsidentin, liebe Anna, im Namen des gesamten Parlamentes möchte ich Dir für das abgelaufene Jahr, das letzte Jahr in der laufenden Legislatur danken. Du hast uns über die letzten sieben Sitzungen gut geführt. Es waren insgesamt neun Sitzungstage und wie es die Parlamentarier so haben: Sie reden gerne. Wir haben insgesamt 45'148 Seiten Protokoll erstellt. Du konntest dies nicht verhindern, hast aber das Beste probiert. Du hast während Deiner Sitzungen die Ruhe bewahrt. Ich habe es besonders geschätzt und wir alle auch, dass Du vor einem Geschäft eigentlich den Tarif durchgegeben und gesagt hast, wie Du das Geschäft behandeln willst. Ich danke Dir auch für die Leitung des Büros. Du hast dies sehr gut, sehr effizient gemacht. Die Bürositzungen haben meistens kaum länger als eine Viertelstunde gedauert. Besonders geschätzt habe ich es, dass Du eine pendlerfreundliche Anfangszeit eingeführt hast. Ich hoffe, das kann man auch weiterführen. Ich habe als Dein Vizepräsident auch sehr geschätzt, dass Du immer präsent warst, auch wenn Du gesundheitlich angeschlagen warst. Ich danke auch für die vielen gemeinsamen Anlässe, die wir miteinander bestreiten durften. Einer ist mir noch sehr stark in Erinnerung, als wir gemeinsam die Aare gereinigt haben. Kannst Du Dich noch erinnern? Es war der erste und einzige Tag, schon bald könnte man sagen im Frühling, wo es wirklich gemütlich war, wo wir unseren viel beschworenen Aareraum von Müll, Abfall und allem Möglichem befreit haben. Wir danken Dir, Anna, für dieses Jahr. Du trittst jetzt wieder auf Deine Seite zurück und kannst etwas mehr zuhören, Dich aber auch wieder mehr im Rat einbringen. Eines hast Du aber sicher nicht mehr. Du hast nicht mehr das Privileg, das der Stadtrat und das Büro hat, dass Du Schöggeli unter und Wasser auf dem Tisch hast. Vielen Dank.

Es folgt Applaus.

**Anita Huber:** Wir von der grünen Fraktion haben für Dich ein nachhaltiges Geschenk, das auch später noch sinnvoll sein kann.

Es folgt Applaus.

**Antonia Hagmann:** Ich möchte es ja nicht verlängern. Aber es ist mir trotzdem ein Anliegen, Dir, liebe Anna, ganz herzlich für das vergangene Jahr zu danken. Mit Deiner jugendlichen Frische und sympathischen Art hast Du die teilweise wirklich nicht ganz einfachen Sitzungen souverän geführt. Bestimmt und zügig hast Du die Sitzungen aber immer freundlich geleitet. Wir von der CVP/EVP/GLP-Fraktion danken Dir ganz herzlich für dieses Engagement. Du hast uns gut getan und wir wünschen Dir weiterhin gutes Gelingen beim Politisieren. Ich habe hier einfach etwas Kleines, so etwas als Anerkennung, für Dich. Ich weiss, dass Du gerne etwas Süsses hast. Es ist etwas Kleines zum Naschen drin. Vielen Dank.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden der Parlamentspräsidentin innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.